

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 155 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 12/2007 VOM 7. DEZEMBER 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Auf blutigem
Fundament**
Wasserturm und Messingwerk

7 | **Bedenken zum
Raumordnungsverfahren**
»Regionalflughafen Finow«

13 | **Eberswalder Ehrenbürger:
Fritz Schwarz**
Nahm an der Oktoberrevolution teil

Christlich? Sozial? Demokratisch?

Der Kreistag hat den Haushalt 2008 beschlossen. Kämpfe um dieses Kernstück kommunaler Politik gab es nur auf Nebenschauplätzen. Die aber waren interessant (um nicht zu sagen: entlarvend). Zum Haushalt hatte die Kreisverwaltung eine Einmalzahlung von 150 Euro je Schulanfänger beantragt, wenn das Kind aus einer bedürftigen Familie stammt. Der Antrag war zu loben und wurde bestätigt. Was niemand anmerkte: diese Leistung ist keinesfalls eine »Wohltat«. Sie ist nicht einmal eine Wiedergutmachung für alles das, was die Koalitionsparteien aller Ebenen (Bund, Land, Kreis) den Hartz-IV-Familien noch immer antun - mit der Unterfinanzierung der Leistungen, mit der Schmälerung des Betreuungsanspruchs in Kitas, mit der Elternbeteiligung am Schülerverkehr usw.

*

Die Fraktion Grüne/Freie Wähler hatte die Bereitstellung von 100.000 Euro *pro Schuljahr* für ein Sozialticket – für den kreisgetragenen Busverkehr – beantragt. Das aber war völlig daneben:

a) gefährdet das Sozialticket die Finanzen des Landkreises (der Landrat hatte gerade vorher stolz berichtet, *je Kalendertag* gebe der Kreis eine Million aus; das Dreifache der beantragten Summe wurde als letzte Marge für das Palais Ihrke, das Kreishaus, bewilligt);

b) ist der Kreis der falsche Adressat, darum müßten sich Land und Bund kümmern, die Kommunen könnten für ihre Bürger die sozialen Grausamkeiten nicht ausbügeln – wohin käme man da?

c) Die Bürgerinitiative zum Sozialticket läge gerade dem Landtag vor – da müsse man eben abwarten (!)...

Christ- und Sozialdemokraten waren sich einig in ihrer Ablehnung, selbst als Dr. Siegfried Adler (FDP), also ein Anhänger der freien Initiative und privaten Verantwortung, dringend für den Antrag sprach.

Christlich? Sozial?

Außer der Abgeordneten Krakau fiel niemandem auf, daß die Sachlage genau die gleiche war wie bei der – bewilligten – Unterstützung für die Hartz-IV-Schulanfänger. Auch hier wäre eigentlich der Bund gefordert. Aber wo kommen wir denn hin, wenn eine kleine Fraktion Anträge einbringt, die Sache der großen wären?

Sozial? Christlich?

Und die Sozialisten? Für Margitta Mächtig war es ebenfalls ein Antrag zur falschen Zeit am falschen Ort (weil er nicht von ihr kam?). Ab-

lehnen mochte sie ihn nicht. Das hätte wohl zu schlecht ausgesehen. Für die Ablehnung sorgte die Koalition von SPD und CDU.

*

Aus den Ausführungen von Frau Mächtig war zu erfahren, daß es im Kreistag eigentlich keine Opposition gebe, weil es auch keine Koalition gibt (ach, deshalb!).

Ich korrigiere mich also. Wenn sich die Nicht-Koalition einig war bei der Elternbeteiligung am Schülerverkehr, bei der Ablehnung des Sozialtickets, bei der Abwahl eines mißliebigen Ausschußvorsitzenden – dann war das immer Zufall. Interne Absprachen – keine Spur.

Logisch dann auch, daß die Nicht-Opposition dem Haushalt der Nicht-Koalition zustimmt, wie das zumindest Frau Mächtig und Prof. Schulz taten. Die beiden sahen keinen Grund für eine Ablehnung.

*

Im Fall der Abwahl von Johannes Madeja als Vorsitzender des Umweltausschusses (A 5) war sich die Nicht-Koalition »zufällig« einig – trotz aller Warnungen, dieser Präzedenzfall bedeute, daß Mißgunst anderer Fraktionen das Abgeordnetenrecht und die Freiheit einer Fraktion zur Entsendung ihrer Vertreter beschädigt. Die geheime Wahl erbrachte 23 Stimmen für, 21 gegen die Abwahl und 4 Enthaltungen; kein strahlender Sieg also der Madeja-Gegner, die nicht einmal die absolute Mehrheit des Hauses erhielten. Auch wird wohl bis zur nächsten Kommunalwahl der Vorsitz des A 5 unbesetzt bleiben. Aber die Nicht-Koalition hat ihren Herr-im-Hause-Standpunkt demonstriert, ohne Rücksicht auf Verluste.

Daß in der Bürgerfragestunde sich ein Besucher (nämlich der Unterzeichnende) an die so genannt stalinistischen Praktiken der Vergangenheit erinnert fühlte, ein anderer den Vorgang als undemokratisch, als Vorverurteilung und Maßregelung bezeichnete, löste Empörung vor allem bei der CDU aus.

Und Frau Mächtig von der nicht-oppositionellen DIE LINKE sah Anlaß, sich ebenfalls heftig zu distanzieren. Deutliche Worte also nicht erwünscht.

Haushaltsdebatten sind Sternstunden der Opposition? Mag sein – aber wir haben ja eine Nicht-Opposition!

ROLF RICHTER



Wohl bislang einmalig in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie dürfte sein, daß die Entscheidung über die Besetzung eines Kreistagsausschußvorsitzes von einer Demonstration begleitet wurde. Am

28. November wurde es im Kreis Barnim Wirklichkeit. Eine Gruppe Bürgerinnen und Bürger protestierte vor der Kreistagssitzung gegen die beabsichtigte Abwahl des Vorsitzenden des Umweltausschusses Johannes Madeja.

Flugplatz-Poker Amadeu-Antonio-Tag

Bis zum 4. Januar noch können die Raumordnungsunterlagen zum Flugplatz Finow beachtet werden. Es ist bewunderswert, mit welcher Konsequenz die Flugplatzbetreiber an der Illusion vom Regionalflughafen festhalten. Auf deren Internetseite wird gar ein Wachstum von jährlich 12 Prozent konstatiert. Im Jahr 2007 soll es demnach zu 12.000 Flugbewegungen mit »fast 20.000 Passagieren« kommen, mithin fast zwei Passagiere pro Flugbewegung.

Nachvollziehbare Bedarfsanalysen, die mehr versprechen, liegen auch nach zwölf Jahren »Flugplatzentwicklung« nicht vor. Wohl aber klare Aussagen, nach denen die Länder Berlin und Brandenburg keine Konkurrenz zum Flughafen Schönefeld zulassen werden.

Die Flugplatzbetreiber versprechen sich vom Festhalten an den Flughafenillusionen Möglichkeiten, für das Gewerbegebiet auf dem Flugplatzgelände einen mit öffentlichen Mitteln bezahlten Straßenzugang zu erhalten (vgl. »Ein Gewerbegebiet mit Flugplatz«, BBP 12/2001). Womöglich soll das Scheitern im Raumordnungsverfahren aber auch nur einen Schuldigen präsentieren für das endgültige Scheitern der Flughafenträumereien. Geschäftsführer Reinhard Wolk betonte mehrfach, daß ein wirtschaftlicher Betrieb ohne die beantragte Tonnageerhöhung nicht möglich sei.

Seitens der Bürgerinitiative gegen den Flugplatzausbau gibt es allerdings auch Befürchtungen, wonach der Finower Flugplatz dem Land Brandenburg als Joker im Ärmel dienen könnte für den Fall, daß in Berlin der Flughafen Tempelhof infolge eines erfolgreichen Volksentscheides geöffnet bleibt. Kritik muß auch Bürgermeister Boginski einstecken. Allerdings bleibt da unberücksichtigt, daß dieser zwar privat betroffen, aber als Bürgermeister an geltende StVV-Beschlüsse gebunden ist. Und diese sehen den Flugplatzausbau positiv, was sich im Wirtschaftsentwicklungskonzept (WISTEK) und auch im Verkehrsentwicklungskonzept spiegelt. Die Diskussion zur städtischen Stellungnahme zum ROV macht es nun möglich, die alten, noch aus der Schulzära stammenden Standpunkte zu überdenken.

Bei einem Flughafen mit 80 Starts und Landungen pro Tag und 2 Millionen Passagieren pro Jahr ergeben sich genügend Konflikte. Beispielsweise mit dem Ansinnen, Eberswalde zum Gesundheitsstandort zu machen. Die Industriegebiete im Norden mit dem Holzkraftwerk sowie Planungen für eine Sondermüllverbrennung, ein Biomassekraftwerk und eine Biodieselanlage würden von Süden ergänzt durch die Belastungen aus dem Flugverkehr.

Die Lebensqualität fast überall in der Stadt wäre beeinflusst. Insbesondere auch das erst vor ein paar Jahren neu errichtete Wohngebiet in Eberswalde-Südend, das direkt in der Einflugschneise liegt. An dessen Vermarktung u.a. auch Flugplatzbefürworter verdienten.

GERD MARKMANN

Eberswalde (bbp). Das Gedenken an Amadeu Antonio, der 1990 in Eberswalde Opfer eines rassistischen Überfalls wurde, ist offiziell geworden. Der Bürgermeister höchstpersönlich hatte zur Gedenkveranstaltung eingeladen. Das ist gut so. Das offizielle Gedenken findet »beamtengerecht« am Vormittag statt. Berufstätige Bürgerinnen und Bürger konnten den Termin nur in Ausnahmefällen wahrnehmen. Das ist nicht gut. Aber es kann sein, daß andere Termine nicht mehr frei waren. Denn für diesen Tag waren weitere umfangreiche Aktivitäten geplant.

Den Auftakt um 9 Uhr bestritten Bürgermeister Friedhelm Boginski, der Vorsitzende des Ausländerbeirates des Landkreises Barnim, Dr. Mohamed Hamdali und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens mit einer Kranzniederlegung und Schweigeminute an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße am Eingang zum Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik. Sie verbanden das Gedenken an Antonio Amadeu, der am 6. Dezember 1990 an den Folgen des Überfalls starb, mit der Aufforderung, für mehr Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit einzutreten, wobei »Fremdenfeindlichkeit« die staatsoffizielle (und verfälschende) Bezeichnung für Rassismus ist.

Um 10 Uhr folgte die Regionalkonferenz »Integration findet vor Ort statt – Ansätze interkultureller Öffnung und Partizipation im Land-

kreis Barnim«. Ort der Konferenz war der Kreissaal im neuen Sitz der Kreisverwaltung am Eberswalder Marktplatz (»Paul-Wunderlich-Haus«), die bis 15.30 Uhr dauerte.

Vom Innenhof des Kreishauses startete anschließend die Demonstration »Light me Amadeu – Rassismus erkennen und überwinden«. Die Demo gehört zu den Aktionen, die von Eberswalder Schülerinnen und Schülern zur Verringerung von Rassismus und Rechtsextremismus im Rahmen des 2006 begonnenen open-space-Prozesses »Light me Amadeu« entwickelt wurden. »Unsere Demonstration soll ein Zeichen für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte setzen, die Folgen von Rassismus thematisieren, erhellen und dagegen protestieren«, hieß es seitens der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«.

Nach der Demo gab es um 17.30 Uhr in der Nordend-Schule, einer der drei Eberswalder »Schulen ohne Rassismus«, ein Gespräch u.a. mit Monika Lazar (MdB Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Strategien gegen Rechts-Extremismus) und Kai Gehring (MdB Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik) zum Thema »Extrem gegen Rechts« – Strategien für eine demokratische Jugend- und Kulturarbeit. Diese Veranstaltung schließt an Workshops an, die den ganzen Tag zuvor an der Nordendschule für alle Schülerinnen und Schüler angeboten wurden.

Reimannviertel-Sprecherrat fördert soziale Projekte

Eberswalde (mh/bbp). Der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel, hatte nach dem Rücktritt der Vorsitzenden, Gudrun Müller auf seiner Sitzung am 12. November die Aufgabe, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Zur Wahl stellten sich der bisherige Stellvertreter Martin Hoeck und Lothar Müller. Die Mitglieder des Sprecherrates wählten Martin Hoeck mit 8 Stimmen zum neuen Vorsitzenden. Lothar Müller, der 6 Stimmen erhielt, wurde Stellvertretender. Zwei Sprecherratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Der Sprecherrat entschied einstimmig über drei Anträge. 5.500 Euro bekam der Kampfsportverein »European-Karate e.V.«, um seine neuen Räumlichkeiten im »WBG-Schiff« einzurichten. Der SV Medizin Eberswalde e.V. erhielt 7.500 Euro, um einen alten Heizraum der Sporthalle in der Schorheidestraße nutzbar zu machen. Dort werden künftig eine Tanzgruppe und eine Frauensportgruppe untergebracht werden können. Zuletzt bekam der Förderverein der Grundschule Schwärzensee noch 836 Euro, um auf dem Schulgarten eine angemessene Kompostierung zu ermöglichen.

Der Schulgarten war auch generelles Thema auf der Sitzung. Es werden nämlich Nachnutzer gesucht. Nach der Schließung von Schulen, kann die Grundschule »Schwärzensee« nicht mehr das gesamte Gelände betreuen und wird

sich auf einen Teil des Gartens beschränken. »Wir suchen sowohl Privatinitiativen, wie auch Vereine, die sich für eine Nachnutzung interessieren«, informiert der neue Vorsitzende, Martin Hoeck. Weitere Informationen zum Thema sind im Bürgerzentrum Brandenburgisches Viertel bei Cornelia Sprengel unter Tel.: 03334 818 245 erhältlich.

In eigener Sache

Zunächst vielen Dank für die zahlreichen Beiträge, welche die »Barnimer Bürgerpost« auch in diesem Monat wieder erreichten. Es wird zunehmend schwieriger, alles zu berücksichtigen. Viele interessante Beiträge müssen mittlerweile aus Platzgründen unter den Tisch fallen oder mit einer Veröffentlichung in unserem eMail-Forum vorlieb nehmen. In diesem Zusammenhang sollte der Hinweis Berücksichtigung finden, daß mit dem Redaktionsschluss der Termin gemeint ist, BIS zu welchem Beiträge geschickt werden können. In der Praxis wird das derzeit leider allzuoft dahingehend mißverstanden, daß AB diesem Termin die Texte geschickt werden. Dessenungeachtet allen Leserinnen und Lesern sowie allen Autorinnen und Autoren eine Fröhliche Weihnacht.

GERD MARKMANN, Redakteur

Auf blutigem Fundament

Der Finower Wasserturm und die Hirsch'sche Waffenschmiede Messingwerk (Teil 1)

Am 4. Dezember ist die Sanierung des Finower Wasserturmes feierlich abgeschlossen worden. Reden wurden gehalten, insbesondere das Engagement von Arnold Kuchenbecker gewürdigt, der als Vorsitzender des Fördervereins maßgeblich die Sanierung des Turms vorangetrieben hat. Das Ereignis fand in der Lokalpresse und darüber hinaus große Beachtung. Zweifellos zurecht.

Ein Höhepunkt der Feier war die Enthüllung einer Tafel zum Andenken an die Hirsch, Kupfer- und Messingwerk AG (HKM) durch Neff Hirsch, Urenkel des einstigen Firmenchefs Gustav Hirsch, und Bürgermeister Friedhelm Boginski. Wiedererstanden ist auch der Gedenkhof, mit dem der im ersten Weltkrieg gefallenen Messingwerker gedacht wird. Letzteres ein Hinweis auf die anderen Seiten der Messingwerk-Geschichte, die in den offiziellen Reden weniger Beachtung finden. Nachfolgend Teil 1 eines Beitrag von KURT BERUS, der sich der Geschichte der HKM als Waffenschmiede widmet.

Der Wasserturm in Finow-Messingwerk ist wirklich ein majestätisches Bauwerk. Es wieder zugänglich zu machen und für den Tourismus zu nutzen, ist eine prima Sache.

Was ist an der Geschichte von Messingwerk noch lobenswert? Messingwerk hat sich im Verlauf von 200 Jahren zum größten Messing verarbeitenden Betrieb Deutschlands entwickelt. Bei dieser Würdigung wir aber meist ausgeklammert: Das Profitstreben durch Rüstungsproduktion und technische Vervollkommnung des Werkes für diesen Zweck waren bestimmend für die Entwicklung von Messingwerk ab der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gewesen, eben in der Ära der Familie Hirsch.

Schon der Kauf des Messingwerkes durch die Fa. Aron Hirsch & Sohn 1863 wurde zum großen Teil aus Einnahmen getätigt, die aus der Lieferung von Waffen und Munition in Kriegsgebiete jener Zeit stammten. So schreibt der Kreishistoriker Rudolf Schmidt 1929 in »HIRSCH – Ein Kaufmanns- und Industrie-geschlecht«: »Während des Krimkrieges (1856) ... gelang es, ... trotz Bleiausfuhrverbot ... die krieg-führenden Mächte zu bedienen, indem man roh gepresste und gegossenen Bleirohre an sie lieferte. Der Handel mit Schwefelsäure, die von Marseille nach Kertsch am Schwarzen Meer geliefert wurde, nahm eine Zeitlang großen Umfang an.« Und »im italienischen Krieg (1859) betätigte sich Aron Hirsch & Sohn auch als Kriegslieferant; aus den preußischen Artilleriedepots wurden sämtliche Vorräte an Hinterladergewehren, mehrere 100.000, angekauft, die dann nach Italien zur Garibaldischen Armee gingen«. Gleich nach der Werksübernahme durch die Hirsch-Familie wurden ab 1866 großen Mengen Bleidraht für Geschosse gepreßt. Robert Hensel, langjähriger Obermeister und Vertrauter von Sigmund Hirsch, schrieb 1929 weiter: »Die außerordentliche große militärische Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege 1870/71 und daran anschließend diejenige aller anderen europäischen Länder brachte es mit sich, daß riesige Mengen Munitionsmaterial gebraucht wurden. Gustav Hirsch war daher mit besonderem Eifer bemüht, soviel wie möglich von diesem Material im eigenen Werke herzustellen, umso mehr, da es sich zum großen Teil um Fabrikate handelte, welche in den Rahmen der Mes-

singwerker Fabrikation paßten.« Und gleich weiter: »... besonders große Heereslieferungen für das Deutsche Reich wurden übernommen ... 1872/75 wurden große Lieferungen von Zinkkugeln ausgeführt ... Jeder Kugelfeiler leistete pro Tag 2.400 – 2.500 Stück. Ein Dutzend Leute feilten wohl 3 Jahre lang nur Zinkkugeln. Hieraus kann man sich einen Begriff von der Größe der Lieferungen machen.«

Aber auch fürs Ausland wurde eifrig produziert und geliefert. »Nach dem Kriege von 1870/71 wurden weiter für Rußland und Holland jahrein, jahraus große Mengen von Messingstreifen bzw. Bändern zur Herstellung von Patronenhülsen geliefert ... als besondere Spezialität die sogenannten russischen Bleche in den Maßen 56 x 28 Zoll, außerdem sehr viele Berdanstreifen (Gewehrtyp d. A.) ebenfalls für Rußland. Diese dienten zur Herstellung von Patronenhülsen und gingen nach Tula in die dortige Munitionsfabrik.«

Während des »... russisch-türkischen Krieg(es) von 1876 fertigte Messingwerk mit großem Erfolge Patronen und Geschützhülsen für das russische Berdangewehr und nach Zehntausenden von Tonnen rechneten die Bleiqualitäten, welche Aron Hirsch & Sohn für Kriegszwecke zu liefern hatte.«

In diese Zeit fällt eine sprunghafte Entwicklung der Waffentechnik, insbesondere bei Infanteriegewehren und der dazu benötigten Munition.

Rudolf Schmidt bemerkt dazu: »Als das seit 1841 in Gebrauch gewesene Dreyse'sche Zündnadelgewehr einem modernen Hinterlader weichen mußte, erkannte Gustav Hirsch alsbald, daß hier die Entwicklung der Patrone im Vordergrund stand... Die Halbfabrikation für die Messingpatronenhülse solcher Gewehre zeitigte für Messingwerk ein gutes Dauergeschäft.« Schon in »den Jahren 1874/75 trat Gustav Hirsch auch der Fabrikation von Näpfchen näher.« Aber die Qualität war noch unzureichend, ergänzte Hensel. An dieser Entwicklung wurde aber gearbeitet, der Maschinenpark verändert. Mitte der 80er Jahre die Näpfchenfabrikation wieder aufgenommen und 1889 entstand eine »moderne Patronenhütte«. Das Messingwerk von Aron Hirsch & Sohn entwickelte sich zu einem wichtigen Glied der deutschen Kriegsvorbereitungen.

Fortsetzung in BBP 1/2008

Ortsteilbegehung Finow

Finow (at). Bürgermeister Friedhelm Boginski setzt den Kurs fort, sich vor Ort kundig zu machen. Der Gang durch alle Ortsteile führte ihn im November auch nach Finow. Von den Ortsbürgermeistern ließ er sich Vorschläge machen, was ansehenswert bzw. -bedürftig ist. Ortsbürgermeister Albrecht Triller legte Wert darauf, das Umfeld eines zu gestaltenden Ortsteilzentrum Finow in Augenschein zu nehmen. Dabei wurden u.a. die Themen Begegnungszentrum Finow, Stadtpark Finow, Spielplatz für Alt-Finow sowie Baumpflanzung und Begrünung vor Kaufland am Kleinen Stern diskutiert. Die Begehung führte am Schwanenteich vorbei und nahm die kritische Situation um die ehemalige Tankstelle zur Kenntnis. Beim Durchfahren der Erich-Weinert-Straße wurde ein weiteres Mal der Handlungsbedarf bei unbefestigten Straßen deutlich (was auch Gegenstand des Bürgerhaushalts ist).

Gern folgte der Bürgermeister mit seiner Begleitung auch der Bitte, spezielle Probleme in der Clara-Zetkin-Siedlung anzusehen. Der Siedlerbund hatte dem Ortsbürgermeister Schwerpunkte dazu benannt. Auf der Hinfahrt wurde per Handy angefragt, ob denn vom Siedlerbund jemand dazu kommen könne. Frau Moldenhauer wurde dazu sogar von zu Hause abgeholt und erklärte die Probleme mit der Verschilfung des Teiches, dem gewünschten Festplatz, dem zu engen Verbindungsweg von der Beethovenstraße zur Aue (siehe Foto) usw.



Die Ortsteilbegehung allein löst natürlich noch keine Probleme, kann aber die Problemlösung anstoßen und unterstützen. Sie war auf jeden Fall Ausdruck eines begrüßenswerten Arbeitsstils und des Willens zur Veränderung. Die Begehungen sind eine gute Vorbereitung auf die nächsten Einwohnerversammlungen.

Neue Broschüre

Idyllisches Finowtal – von 1939 bis 1945 für Tausende das Tal des Leidens

Herausgegeben vom Geschichtswissenschaftlichen Institut Eberswalde (GWI). Mit einem Vorwort von Bürgermeister Friedhelm Boginski. In der neuen Broschüre des GWI wird ein Überblick über den Einsatz von Zwangsarbeitern längs des Finowkanals von Finowfurt bis Oderberg gegeben. Zu beziehen ist die Broschüre in der Gutenberg-Buchhandlung Eberswalde.

Zum Haushalt 2008

»Rathaus legt ausgeglichenen Haushalt für 2008 vor, warnt aber vor Begehrlichkeiten,« und »Erster Haushalt nach Wünschen der Bürger«. Das konnte man am 9.11. und am 27.10. in der MOZ lesen. Entsprechen diese Aussagen der Realität? Sind die Haushaltsprobleme von Eberswalde überwunden?

1. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Stadt Eberswalde mit ersten Schritten zum Bürgerhaushalt über die Ortsgrenzen hinaus ein Beispiel gegeben hat. Dieser gute Anfang verdient Fortsetzung. Ich schlage vor, 2008 mit der Bürgerhaushaltsdebatte eher zu beginnen und Teile des Verwaltungshaushaltes einzubeziehen.

2. Zu begrüßen ist ebenfalls, daß sich die Stadt die Aufgabe stellt, für die Stadtteile Nordend Ostende und Finow die unbefestigten Straßen schrittweise planmäßig zu befestigen.

3. Der nun wieder ausgeglichene Stadthaushalt vergrößert den Handlungsspielraum. Leider wurde das z.T. durch den Verkauf der Stadtwerkeanteile erreicht. Dies zog jedoch den Verlust einer nachhaltigen Einnahmequelle nach sich, die 2006 einen Anteil von 1,4 Mio Euro am Gewinn der Stadtwerke gebracht hätte. Diese Gewinne hätten wesentlich zur Sanierung der Stadtkasse beitragen können.

4. Der Ausgleich des Haushaltes für 2008 ist möglich, weil die Geldflüsse vom Bund über das Land reichlicher fließen. Dahinter steht die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Republik, mit Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte, Ökosteuer auf Kraftstoffe und Strom, u.a. Dahinter steht die Streichung der Eigenheimzulage, die Kürzung der Pendlerpauschale, die Halbierung der Sparerfreibeträge usw. Dahinter steht aber auch der Sozialabbau mit Hartz IV als Teil der Agenda 2010. Dies alles hat über den Bundeshaushalt das Loch im Stadtsäckel aufgefüllt. Daran sollte man denken, wenn Maßnahmen mit Wirkung auf diesen Personenkreis beschlossen werden.

5. Die Stadt hat ihre Finanzprobleme damit noch nicht überwunden. Auch künftig muß städtisches Eigentum verkauft werden, um den Haushalt auszugleichen. Der Haushalt der Stadt zeichnet nur ein unvollständiges Bild der Haushaltslage, weil teilweise alte Zahlen zugrunde liegen (z.B. im Beteiligungsbericht) und ein vorausschauendes Haushaltskonzept fehlt.

6. Die weitere Konsolidierung des Haushaltes erfordert die besondere Betrachtung der stadteigenen Unternehmen. Noch immer sind diese weitgehend dem Blick der Bürger und auch der Abgeordneten entzogen. Für die TWE und ihre Tochter WFGE ist das wirtschaftliche Ende absehbar, was nicht ohne Folgen für den Stadthaushalt sein wird.

7. Für die TWE und WFGE steht die Aufgabe, ihre wirtschaftliche Entwicklung gründlich zu analysieren und rasche Entscheidungen zu treffen. Aus heutiger Sicht ist die Rückholung dieser Unternehmen in die Stadt unverzichtbar.

ALBRECHT TRILLER,
Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Ein Jahr Boginski

Am 4. Dezember (nach Redaktionsschluß dieser BBP-Ausgabe) zog der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski vor der Presse ein Resümee seines ersten Amtsjahres. Es darf erwartet werden, daß die regionale Tageszeitung, vielleicht sogar Eberswalde TV und das verbundene Anzeigenblatt, dieses Ereignis entsprechend würdigen und umfassend über Boginskis Rechenschaftslegung berichten. Insofern sollte es verkraftbar sein, wenn die Selbstpräsentation des Bürgermeisters in der »Barnimer Bürgerpost« nicht stattfindet.

Eine Bilanz des ersten Jahres soll hier dennoch versucht werden. Kriterien wurden in der »Barnimer Bürgerpost« bereits im November 2004 formuliert (»Eberswalde und der gordische Knoten«, BBP 11/2004): »Komplizierte Probleme sind in den nächsten Jahren in der Stadt Eberswalde zu lösen... wie eine aufgabenorientierte Verwaltungsstrukturreform, eine leistungsorientierte Personalpolitik, die Rückgängigmachung von Klientelpolitik sowie die Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark, Familiengarten und Kulturhaus.« Dafür sind »Visionen gefragt, Führungsqualitäten sowie eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation.« (»In Eberswalde wird gewählt«, BBP 9/2006).



Boginskis Visionen, mit denen er vor einem Jahr sein Amt antrat, unterscheiden sich deutlich von jenen seines Vorgängers. Wir erinnern uns: Ausbau des Flugplatzes, Bau des Binnenhafens, Sanierung des Finowkanals und dann noch die Durchführung der Landesgartenschau waren dessen Visionen, für die in zehn Jahren zig Millionen an öffentlichen Mitteln verausgabt und die Stadt in ein strukturelles Defizit gestürzt wurde, welches schließlich auf den als »Sachzwang« vollzogenen Verkauf des städtischen Tafelsilbers hinauslief. Das Programm des alten Bürgermeisters versinnbildlichte sich in dessen Spitznamen »Beton-Schulz«.

In seiner Antrittsrede am 30.11.2006 ließ Boginski einen anderen Ansatz erkennen: Die »Leistungsfähigkeit der Menschen in unserer Stadt ist das wichtigste Fundament«. Nicht Beton, sondern die Menschen stehen nun also im Mittelpunkt seiner Vision. Der neue Bürgermeister versprach, »transparent, parteiunabhängig bzw. parteienübergreifend und sachorientiert« zu handeln. Und er ging mit Schwung an die Lösung der angestauten Probleme.

Die leistungsorientierte Anpassung der Verwaltungsstruktur ist auf dem Wege. Den Mitarbeitern, so scheint es, bietet sich größerer Spielraum für ihr Engagement bei zugleich höheren Anforderungen, was selbstverständlich durchaus ambivalent wahrgenommen wird. Die Lösung einiger lange hingeschleppter Personalprobleme deutet auf Führungsqualität beim neuen Verwaltungschef. Sogar die Redu-

zierung der Beigeordnetenzahl gelang letztlich, ohne besonders viel böses Blut zu vergießen. Auch die Fähigkeit, bei Bedarf auf Fachkompetenz zurückzugreifen, sei es durch die Einstellung speziellen Personals, wie für die Personalentwicklung oder die Wirtschaftsförderung oder durch Beauftragung externer Fachleute, wie im Zusammenhang mit der geplanten Sondermüllverbrennungsanlage, zeugt davon.

Während der Sanierungsfall Kulturhaus noch auf Schulzsche Art und Weise – durch Weggabe – zumindest verdrängt ist, sind hinsichtlich des Familiengartens erste Schritte getan. Der Zuschußbedarf für Veranstaltungsservice und Familiengarten ging von 886.000 Euro im Jahr 2006 auf 727.000 Euro im Plan 2008 zurück. Ein nachvollziehbares ökonomisches Konzept für den Familiengarten fehlt allerdings noch immer. Noch keine Lösung zeigt sich beim Tierpark. Hier liegt der geplante Zuschuß für 2008 bei 746.700 Euro und damit nur wenig unter dem Niveau von 2006 (757.000 Euro). Das bessere Ergebnis im Vergleich zu 2007 (Planansatz: 840.000 Euro Zuschuß) beruht auf höheren Eintrittsgeldern. Erst kürzlich gelang es dem Tierparkchef, die entsprechende Preiserhöhung in der StVV durchzuboxen. Hinsichtlich des Kostenbewußtseins vermißt man bei ihm ähnliches Engagement. Hier sollte der Bürgermeister überlegen, wie der Tierparkdirektor mit kaufmännischem Sachverstand unterstützt werden kann.

Künftig sind weitere »Altlasten« zu bearbeiten, welche die finanzielle Zukunft der Stadt Eberswalde belasten. Ein harter Brocken werden bspw. die seit dem Verkauf der Stadtwerkeanteile strukturell defizitär wirtschaftenden Technischen Werke, deren planmäßige Pleite für das Jahr 2017 zu erwarten ist – wenn nichts dagegen unternommen wird.

Die Methoden zur Problemlösung werden derzeit eingeübt. Die Bürgerversammlungen Anfang 2007, der begonnene »Bürgerhaushalt« oder auch die Art und Weise, wie beim Raumordnungsverfahren zur B167 mit den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wurde, zeugen vom Bemühen, tatsächlich eine »intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation« in der Stadt zu fördern. Die Stadt Eberswalde ist auf dem Weg. Friedhelm Boginski, das kann ihm bescheinigt werden, hat sein erstes Jahr als Bürgermeister mit Bravour gemeistert. Seine Skepsis bewahren sollte er allerdings gegenüber einer Huldigungsindustrie, welche vor Zeiten seinen Amtsvorgänger in alle Himmel hob.

GERD MARKMANN

Montagsdemonstranten wollen in Stadtparlamente

Eberswalde (sbb). In Eberswalde kamen am 1. Dezember aus zehn Städten des Landes Brandenburg Organisatoren von Montagsdemos und Vertreter von Sozialbündnissen zusammen. Erfahrungsaustausche und Verabredungen gemeinsamer Aktionen sind eine feste Einrichtung der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB), in der sich Vertreter von rund 20 Städten zusammengeschlossen haben.

Im Mittelpunkt stand die Diskussion zur Frage, ob Kommunalpolitik ein geeignetes Tätigkeitsfeld für Montagsdemonstranten und Sozialbündnisse ist. In mehreren Städten gibt es entsprechende Erfahrungen, am meisten vielleicht in Eberswalde, weshalb sich der Beratungsort Eberswalde besonders anbot.

Ein Beweggrund für solche Debatten ist sicher die Tatsache, daß die Resonanz der Montagsdemos sehr nachgelassen hat. Nur in sehr wenigen Städten gibt es noch turnusmäßige Montagsdemos, wie z.B. in Schwedt. Aber auch dort können nur noch wenige Teilnehmer gezählt werden. »Man kann nicht drei Jahre lang jeden Montag demonstrieren«, sind sich die Beratungsteilnehmer einig. Doch nicht nur die nachlassenden Teilnehmerzahlen regen zum Nachdenken an. Zumeist sind »harte Kerne« da, die entschlossen sind, weiter gegen die unsoziale Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze anzukämpfen. Schon in der Vergangenheit wurden mit unterschiedlicher Intensität Einfluß auf die Kommunalpolitik gesucht und ausgeübt. Die für 2008 anstehenden Kommunalwahlen setzen nun mit Nachdruck die Frage auf die Tagesordnung, ob man sich nicht mit eigenen Kandidaten an den Kommunalwahlen beteiligen sollte. Der Eberswalder Vertreter im SBB Albrecht Triller legte dar, wie der Kampf

der verschiedenen Eberswalder Bürgerbewegungen um die unmittelbaren Bürgerinteressen (wie z.B. um sozialverträgliche Wasser- und Abwassergebühren, gegen überzogene Nutzungsentgelte für Garagen- und Erholungsgrundstücke, für akzeptable Mieten und Betriebskosten, gegen den Ausbau des Flugplatzes zum Regionalflughafen usw.) zur Beteiligung an den Kommunalwahlen führte.

Im Bürgermeisterwahlkampf 2006 sind diese Bürgerinitiativen mit weiteren Bündnispartnern (als Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten in den Wahlkampf gezogen, der mit 18,7 % der Stimmen ein achtbares Ergebnis erzielte. Verständlich, daß für das Eberswalder Bündnis, in dem die Montagsdemonstranten beteiligt sind, die Beteiligung an der Kommunalwahl 2008 längst feststeht.

Auch die Vertreter aus Angermünde berichteten, daß sie zur Kommunalwahl mit eigenen Kandidaten antreten werden. Sechs Kandidaten wurden bereits gewonnen. Sie besuchen regelmäßig die Stadtverordnetenversammlungen und versuchen sich einzumischen. Auch die Eisenhüttenstädter sind seit längerem ständige Gäste in der Stadtverordnetenversammlung und gelegentliche im Kreistag. Sie konnten zwar am Eberswalder Treffen nicht teilnehmen, legten ihre Gedanken zur Kommunalwahlbeteiligung aber schriftlich vor. Sie sehen Probleme, geeignete Bündnispartner zu finden (Sozialverbände leben von Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit), wollen aber die Möglichkeit suchen, auf Listenplätzen z.B. der Linken zu kandidieren.

Von verschiedenen Seiten wurde in der Beratung angesprochen, daß zwar von der Linken

am ehesten erwarten könne, daß sie die Probleme der Hartz IV-Betroffenen und der anderen sozial Schwachen aufnimmt, jedoch leider allzu oft die nötige Konsequenz zu vermissen ist. Diverse Beispiele wurden genannt. Die eigenen Interessen muß man offensichtlich selbst vertreten. Wenn auch nicht in allen Städten der SBB eigene Kandidaten zur Wahl aufgestellt werden, so werden die Kommunalwahlen doch eine wichtige Rolle in der Arbeit aller Bündnisse spielen. Die Beratungsteilnehmer waren sich einig, künftig zu den Fragen der Kommunalwahlen einen regen Austausch untereinander zu pflegen.

Tschüß Münte



In der Mittagspause der SBB-Beratung gab es eine kleine Demo. Die Teilnehmer wollten nicht nur im stillen Kämmerlein beraten, sondern auch öffentlich wahrgenommen werden. Als Demonstranten standen sie vor dem Einkaufszentrum auf dem Potsdamer Platz und protestierten gegen den Sozialabbau. Das Motto der Demo: »Tschüß Münte« verwies auf den Wechsel des Arbeitsministers. Seitens der Demonstranten konnte es kein Bedauern geben. Albrecht Triller zeichnete die Rolle von Müntefering als die eines Hauptverantwortlichen für den größten Sozialabbau in der Geschichte Deutschlands. »Schröder brachte die Agenda 2010 mit Hartz IV auf den Weg, Müntefering vollendete sie gemeinsam mit Merkel«, sagte er. »Wir können uns den Lobreden nicht anschließen. Im Gegenteil. Die Wahrheit ist, daß Franz Müntefering entgegen aller eigenen Beteuerungen die Interessen der arbeitenden Menschen, der von der Arbeit ausgeschlossenen und sozial Schwachen verraten hat.« Auf Tafeln mit dem Bild von Müntefering war das Zitat zu lesen: »nur wer arbeitet, soll auch essen« und »Münte, scher Dich zum Teufel«

Soziales Engagement begrüßt

Als Vertreter der Eberswalder Montagsdemo begrüße ich Vorlagen der Stadt bzw. der SPD-Fraktion zu den Zuschüssen für Schulsachen und Essengeld für sozial Schwache. Auch wenn es nicht in den Vorlagen steht, weiß doch jeder, daß entsprechende Erwartungen in Kreistag und StVV von der Montagsdemo geäußert wurden. Es ist anzuerkennen, daß sich die StVV mit diesen Themen beschäftigt, die bekanntermaßen Sache des Bundes wären. Die Stadt bemüht sich damit darum, den unsozialen Charakter der Hartz IV-Gesetze ein ganz klein bißchen abzumildern. In diesen Zusammenhang gehört, daß Kinder nur 60 % des Regelsatzes erhalten und Schulsachen so gut wie nicht berücksichtigt sind. Die Bemühungen ändern nichts daran, daß Agenda 2010 und Hartz IV wegmüssen.

Zu fragen bleibt, warum die Stadt die Ausstattung mit Schulsachen erst ab der zweiten Klasse fördern will und nicht schon ab der ersten Klasse? Warum soll es den den Zuschuss

für Schulsachen erst ab dem Schuljahr 2008/2009 geben, und nicht schon ab dem 1. Januar 2008? Woraus ergibt sich die Begrenzung des Zuschusses auf 25 Euro? Gab es Untersuchungen, wie hoch der Bedarf tatsächlich ist? Möglicherweise wächst er mit den Jahrgangsstufen. Und warum sollen die Entscheidungen von denen des Kreistages abhängig gemacht werden? Der Zuschußbedarf besteht doch unabhängig davon!

Der Vorschlag der SPD-Fraktion erscheint mir nicht ausgereift. Die Vorlage faßt verschiedene Gegenstände wie Frühstück und Mittagessen einerseits und Regelungen für alle Kinder und solche für sozial Schwache andererseits zusammen. Sie enthält aber nicht genügend konkrete Aussagen. Wäre es nicht richtiger, zunächst nur eine Regelung zu treffen, daß sozial schwache Kinder ein kostenloses Mittagessen erhalten? Die weiteren Dinge könnten mit einer weiteren Vorlage geregelt werden.

FRANK TÖPFER

Ein weiterer Schritt

Die Besetzung der Ausschüsse in den Kommunalvertretungen geht gewöhnlich völlig unspektakulär über die Bühne. Laut Kommunalverfassung stehen jeder Fraktion Sitze entsprechend ihres Wahlerfolgs zu. Auch die Leitung der Ausschüsse wird entsprechend der Wahlergebnisse an die Fraktionen verteilt.

Doch im Kreis Barnim ticken die Uhren anders. Im Frühjahr hatte die SPD-Fraktion im Kreistag ihren Sachkundigen Einwohner Dr. Andreas Steiner aus dem Umweltausschuß (A5) abberufen. Er hatte sich zuvor im Zusammenhang mit der geplanten Fällung der Allee bei Rüdnitz und Danewitz allzu kritisch geäußert. Im November ging's dem nächsten »Meckerkopp« an den Kragen. Diesmal traf es den Ausschußvorsitzenden Johannes Madeja. Allerdings war es nicht die eigene Fraktion, die ihn zurückrief. Vielmehr ergriff die regierende Koalition von CDU und SPD, unterstützt vom Bauernverband, die Initiative, um den von einer Oppositionsfraktion benannten Ausschußvorsitzenden abzuwählen.

Vorwand ist eine Kleinkläranlage, die Madeja auf seinem Grundstück betreibt. Der Landkreis als Untere Wasserbehörde hat ihm bislang dafür die Genehmigung verwehrt. Die Parteien streiten sich vor den Gerichten.

Obwohl das Verfahren noch läuft, genügte dies der Koalition, um das Abwahlverfahren gegen Madeja einzuleiten.

»Johannes Madeja leistete als A5-Vorsitzender eine außerordentlich gute Ausschußarbeit«, sagt Dr. Andreas Steiner. »Aktiv und fleißig für die Sache streitend leitete er diesen fachlich fundiert. Er nahm Anregungen aus dem Gremium jederzeit und gern entgegen und hat wesentliche Inhalte in die Sitzungen eingebracht. Besonders schätze ich ihn als konsequenten Verfechter eines nachhaltigen regionalen Baumschutzes.« Es darf vermutet werden, daß gerade das dem Landrat und seiner Crew nicht paßte. Madeja verurteilte die geplante Rodung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 aufs schärfste. Auch gegen die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil in Eberswalde bezog er frühzeitig deutliche Positionen. Lobend wird auch erwähnt, daß unter seinem Vorsitz die Einwohner in den Bürgerfragestunden im komfortablen Maße und auf faire Weise zu Worte kamen.

Am 28. November entschied der Kreistag in geheimer Abstimmung über den Abwahlantrag. Es zeigte sich, daß auch eine Reihe der Koalitionsabgeordneten Bauchschmerzen mit dem Verfahren hatte. Letztlich war es eine ganz knappe Mehrheit von 23 Kreistagsabgeordneten, welche die beabsichtigte Machtdemonstration unterstützten. 21 Abgeordnete stimmten gegen Madejas Abwahl, vier enthielten sich der Stimme, darunter – geht man von der vorherigen persönlichen Erklärung von Ute Krakau aus – auch eine Abgeordnete aus Madejas eigener Fraktion.

GERD MARKMANN

»Abwahl Madejas zutiefst undemokratisch«

Eberswalde (bbp). Vor der Kreistagsitzung am 28. November protestierten Vertreter vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde gegen die nach ihrer Auffassung »zutiefst undemokratische« Absicht, den Vorsitzenden des kreislichen Umweltausschusses Johannes Madeja von seinem Amt abzuwählen. Der Kreistagsabgeordnete leiste eine hervorragende Arbeit im Interesse der Natur und des Umweltschutzes und helfe damit die Lebensgrundlagen der Menschen zu erhalten und zu sichern, heißt es in einem Flugblatt des Bündnisses. »Johannes Madeja beweist Mut, Charakter und persönliche Konsequenz, in dem er gegen den Mainstream einer verfehlten Wasser- und Abwasserpolitik ankämpft. Inakzeptabel ist nicht der Ressourcen erhaltende Umgang mit Abwasser durch Madeja auf seinem Grundstück, sondern inakzeptabel ist die verordnete Abwasserbeseitigung durch den Gesetzgeber.« Das Bündnis vertritt die Auffassung, daß im Interesse des Wasserkreislaufes und



der Wasserhaltung im Land Brandenburg und damit einer wichtigen Lebensgrundlage die derzeitige Wasser- und Abwasserpolitik des Landes überwunden werden müsse. Die Brandenburgische Gesetzespraxis verstoße gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz.

»Die beabsichtigte Abwahl Madejas als Ausschußvorsitzenden ist Ausdruck fehlender Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit seinen Argumenten, einer Vorverurteilung vor einer gerichtlichen Entscheidung und eines völlig ungenügenden demokratischen Verständnisses im Umgang mit anderen Meinungen. Mit der Abwahl will eine undemokratische Mehrheit einen politisch Unliebsamen, wider den Stachel löckenden Streiter für eine zukunfts-trächtige Wasser- und Abwasserpolitik, maßregeln und sein Wirkungsfeld einengen.

Der beklagte Vertrauensverlust für den Ausschuß und den Kreistag ist nicht das Ergebnis des Kampfes von Madeja gegen falsche Gesetze. Es ist die fragwürdige Politik der Abgeordneten selbst, die zu immer mehr Politikverdrossenheit bei den Bürgern führt.« Abschließend meint das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde abschließend: »Echte Demokraten stimmen heute gegen die Abwahl von Johannes Madeja als Ausschußvorsitzenden.«

Sozialticket im Kreistag Barnim

Vor der Anhörung im Landtag zur »Sozialticketvolksinitiative« (Seite 10) tagte der Barnimer Kreistag. In einer Mammut-Tagesordnung lag auch ein Antrag der Fraktion Grüne/Freie Wähler zur Diskussion und Beschlußfassung vor, ab dem 1. März 2008 wieder ein Sozialticket im Landkreis Barnim einzuführen.

Dieser Antrag hat den faden Beigeschmack einer »Trittbrettfahrt«, denn wir hätten uns gewünscht, daß man im Vorfeld mit den Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative Sozialticket das Gespräch gesucht hätte, um eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Bekanntlich fand der Antrag dann keine Mehrheit. Leider zeigte sich dabei in der Fraktion DIE LINKE eine innere Zerrissenheit, die von Zustimmung über Enthaltung bis zur Ablehnung ging. Fairerhalber müssen wir aber einräumen, daß den Anträgen zur einmaligen Schülerbeihilfe (150 Euro) für das Schuljahr 2008/2009 und der Senkung der Kreisumlage Priorität eingeräumt werden sollte, was in der Mehrheit der Zustimmung durch die Abgeordneten denn auch vollzogen wurde.

Der stellvertretende Fraktionschef und Haushaltsexperte der Linksfraktion Prof. Dr. Schulz betonte in seinen Ausführungen zum Kreishaushalt 2008 die Position seiner Fraktion zum Sozialticket und zur kostenlosen Schülerbeförderung. Er machte deutlich: Sollte der Landtag diesbezüglich eine Lösung ablehnen, so werden diese Themen erneut im Kreistag

Barnim zur Diskussion gestellt und zur Beschlußfassung vorgelegt. Der SPD-Fraktionschef Joachim Tonndorf hingegen meinte, daß hier nicht der Kreis in der Pflicht wäre, sondern das Land. Seine Befürchtung von entstehendem Sozialtourismus durch ein Sozialticket ist an Heuchlerei und Zynismus gegenüber den sozial Bedürftigen kaum zu überbieten. Und in der CDU-Fraktion des Kreistages herrscht Sprachlosigkeit.

Deshalb ist ein ständiges Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Land und Kommunen nicht zielführend. Landrat Bodo Ihrke erklärt, daß ein Sozialticket nicht das Problem löst, sondern man an den Stellschrauben, wie z.B. an einer Erhöhung des Regelsatzes im ALG II, drehen müßte. Da kann man ihm beipflichten. Doch wie ernst er es damit meint, ist fraglich. Denn uns sind keine Initiativen von Mitgliedern des SPD-Unterbezirksvorstandes bekannt, welche die Wahlkreisabgeordneten des Deutschen Bundestages Petra Bierwirth und Markus Meckel in die Pflicht nehmen, auf Bundesebene in den sozialen und arbeitsmarktpolitischen Problemfeldern initiativ zu werden. Seitens der DGB-Gewerkschaften und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gibt es bereits seit zwei Jahren Initiativen, den Regelsatz im Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro zu erhöhen und einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde einzuführen.

CARSTEN ZINN und Dr. ANDREAS STEINER

Bürgerversammlung in Finow

Finow (at). Inhalt der Bürgerversammlung in Finow am 15.11. war das Raumordnungsverfahren zum Ausbau des Flugplatzes Finow. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß

1. für einen Flughafen mit internationalem Flugverkehr und einer Startmasse von 85 t sowie 2,2 Millionen Passagieren im Jahr am Standort Eberswalde kein Bedarf besteht,
2. der Flugplatzausbau Gefahren bringt für Leben und körperliche Unversehrtheit, die den Bürgern durch Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert sind. Die Pläne zur Flugplatzentwicklung stehen im Widerspruch zum Ziel einer Gesundheitsregion im Raum Eberswalde.
3. es für eine Nachtfluggenehmigung weder jetzt noch später eine Berechtigung gibt und die bestehende Nachtfluggenehmigung aufgehoben werden sollte,

Flugplatz Finow:

Bedenken zum Raumordnungsverfahren

Das Raumordnungsverfahren (ROV) »Regionalflughafen Eberswalde-Finow« widerspricht den gemeinsamen Planungszielen der Länder Berlin und Brandenburg. Es gibt kein öffentliches Interesse und keinen Bedarf für eine Massenerhöhung auf 85 t.

In den ROV-Unterlagen wird ein nicht vorhandener Bedarf vorgetäuscht. Die Annahmen zu den Passagieren sind hoch spekulativ. Der bestehende Verkehrslandeplatz (VLP) weist ca. 5.500 Starts auf, davon ca. 50 % Platzrunden. Der VLP ist seit Jahren ein Freizeit- und Hobbyflugplatz.

Alle notwendigen infrastrukturellen Anschlüsse fehlen und es wird geschätzt, das ca. 35 Mio. Euro an öffentlichen Mittel benötigt werden, um diese zu schaffen. Eine Nutzung der L 293 (Biesenthaler Straße) als Zufahrtsstraße im Stadtgebiet Finow für einen Flughafen wird als unzumutbar für die Anwohner abgelehnt.

Der Endausbauzustand wurde nicht angegeben, damit bleibt die tatsächliche Belastung nicht bestimmbar. Für die Lärmberechnungen wurden lediglich vermutete Korridore herangezogen, damit ist keine exakte Aussage zu den tatsächlichen Lärmauswirkungen möglich. Die Lärmberechnung basiert auf einem fiktiven Flugzeugmix, der nur die leisen Flugzeugtypen enthält. Die in der Prognose für das Jahr 2021 sind lautere Fluggeräte entfallen (z.B. P2.2 und S1.0). Das tatsächliche Ausmaß der Lärmbelastung ist aus dem Gutachten nicht ableitbar.

Die Lärmimmissionen des Flugplatzbetriebes, wie Turbinengeräusche im Leer- bzw. Warmlauf, die Tiefflüge der Bundeswehr, die Schießanlage am Flugplatz, der Verkehrslärm durch Transport von Waren, Fracht und Personen sowie die weitere geplante Ansiedlung von Industrie und Gewerbe mit ihren Auswirkungen auf den Lärm bleiben unberücksichtigt.

4. der Flugplatzausbau eine zerstörerische Wirkung auf die Umwelt haben wird,

5. die zu schaffende Infrastruktur Millionen Euro an Steuergeldern in Form von Fördergeldern verschlingen wird, die für andere dringend nötige Investitionen fehlen.

Die Teilnehmer der Versammlung tolerieren den Verkehrslandeplatz bei Verzicht auf den Nachtflug und bei Einhaltung aller gesetzlichen Betriebsvorschriften in seiner jetzigen Größenordnung. Jeder Ausbau des Verkehrslandeplatzes und jede Erweiterung seiner Flugrechte werden entschieden abgelehnt.

Die Bürger von Eberswalde und Umgebung werden aufgerufen, die Zeit der Akteneinsicht (im Kreishaus bis zum 4.1. möglich) zu nutzen und ihre Anregungen und Bedenken bis spätestens 18.1. beim Landkreis abzugeben.

Die Start- und Landebahn mit 2.520m Länge befindet sich an der kompletten südlichen Kante von Eberswalde und Finowfurt. Damit sind unzumutbare und gesundheitsschädliche Lärmeinwirkungen auf die Bevölkerung in Finowfurt, Finow, Eberswalde, Spechthausen, Marienwerder, zur Natur und Umwelt in diesen Bereichen verbunden. Die Dauerschallpegel für allgemeine Wohngebiete werden überschritten. Es gibt zudem auch schutzbedürftige Einrichtungen wie Krankenhaus, Schulen, Kindergärten und Alten- und Pflegeheime, die nicht gesondert erfaßt und nicht hinreichend gewürdigt wurden. Ein lärmmedizinisches Gutachten fehlt völlig.

Die Maximalschallpegel belegen, daß eine Nachtfluggenehmigung für diesen Standort abzulehnen ist. Die Erarbeitung von Lärminderungsplänen gemäß § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz ist nicht erfolgt – wird aber gefordert. Für den gesamten Bereich des Naturparks Barnim, Naturschutzgebiet Schwärzensee, Zoo sind die Lärmbelastungen so hoch, daß die Erholungsfunktion nicht mehr gegeben ist.

Der Flugplatz ist umgeben von FFH-, Naturschutz- und Erholungsgebieten, die einmalig sind. Die Emissionen schädigen diese Umwelt. Flora und Fauna werden irreversibel geschädigt. Geschützte Arten sind unmittelbar bedroht. Das Flugplatzgelände liegt zudem zu großen Teilen in der Wasserschutzzone.

Aus falschen Grundannahmen ergeben sich zwangsläufig falsche Aussagen zu den Belastungen der Menschen und der Umwelt durch den Lärm und zu den Schadstoffemissionen.

Auf Grund falscher, und unzureichender Antragsunterlagen ist das ROV zurückzuweisen und eine Genehmigung für einen »Regionalflughafen« mit internationaler Ausrichtung (85Tonnen Startmasse) zu versagen.

BI gegen den Ausbau des Flugplatzes Finow

ROV Flugplatz Finow

Eberswalde (bbp). Mehr als eineinhalb Jahre waren seit der Antragskonferenz am 21. März 2006 vergangen, bis die gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg am 22. Oktober das Raumordnungsverfahren für das Vorhaben »Regionalflughafen Eberswalde-Finow« eröffnete. Im Mittelpunkt steht dabei die Erhöhung der zulässigen Startmasse auf 85 Tonnen.

Insgesamt sind 55 Träger öffentlicher Belange plus 7 besondere Abteilungen aus dieser Gruppe beteiligt. Die Papiermenge umfaßt nach Aussagen des Antragsstellers 19.410 Seiten Studien und 1079 Zeichnungen. Außerdem waren 63 CD-ROM's zur Verfügung zu stellen. Noch bis zum 4. Januar liegen die Antragsunterlagen im Strukturentwicklungsamt der Kreisverwaltung Barnim im Paul-Wunderlich-Haus zur Einsichtnahme aus. Die Bürgerinnen und Bürger haben bis zum 18. Januar die Möglichkeit, ihre Anregungen und Bedenken zu dem Vorhaben abzugeben. Die Eberswalder Stadtverordneten beraten die Stellungnahme der Stadt im Bauausschuß am 8. Januar und in der StVV-Sitzung am 24. Januar 2008.

Danach muß die Behörde die Einwendungen und Bemerkungen aus der Öffentlichkeit sowie von den Trägern öffentlicher Belange abwägen. Die abschließende Zusammenfassung und Entscheidung über die Raumverträglichkeit des Projekts wird zum 21. April 2008 erwartet.

SPD-Finow für Flughafen

Das Raumordnungsverfahren zur Entwicklung des Finower Flughafens läuft ordnungsgemäß. Akzeptanz aber auch Erwartungen und Hoffnungen sind bei den Bürgerinnen und Bürgern hoch. Das gesamte Projekt benötigt jedoch weit größere Unterstützung durch das Land.

Der SPD-Ortsverein Finow fordert deshalb den Unterbezirksvorstand der SPD-Barnim, die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, des Kreistages Barnim und des Landtages, aber auch die Verwaltungen der Stadt und des Landkreises Barnim sowie alle politischen Kräfte und Parteien dringend auf, jeden möglichen Einfluß auf die Landesregierung auszuüben, um eine positive Entscheidung zum geplanten Ausbau eines Regionalflughafens Finow zu erreichen.

Auseinandersetzungen oder politische Berechnung dürfen bei Verhandlungen über Flugplatzkapazitäten zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin nicht dazu führen, daß eine solche einzigartige historisch entstandene regionale wirtschaftliche Entwicklungschance ungenutzt bleibt. Das wäre unverantwortlich gegenüber Hunderten vorwiegend jungen Brandenburger Familien und der Sicherung einer künftigen Existenz in ihrer Heimat.

i.A. Dr. ANDREAS STEINER
(Pressesprecher der SPD-Finow)

B167neu – eine unbequeme Wahrheit

Der Saal der Hohenfinower Gaststätte war am Montagabend (26.11. – d.Red.) wieder einmal krachend voll. Nachdem die Gemeindevorordneten von Ihren Wählern aufgefordert wurden, ihre voreilige Stellungnahme vom 12.11.2007, in deren Ergebnis der zu Hohenfinow gehörende Ortsteil Struwenberg dem Bau der Schnellstraße geopfert werden sollte, nochmals zu korrigieren, hatte man am Montag zur Bürgersprechstunde geladen. Im Ergebnis der nochmals intensiven Beschäftigung mit den Unterlagen des Raumordnungsverfahren (ROV) und der von den Bürgern vorgetragenen Argumente konnten die Gemeindevorordnete nur zu der einzig logischen Schlussfolgerung kommen, alle Varianten des geplanten Schnellstraßenbauvorhabens mehrheitlich abzulehnen.

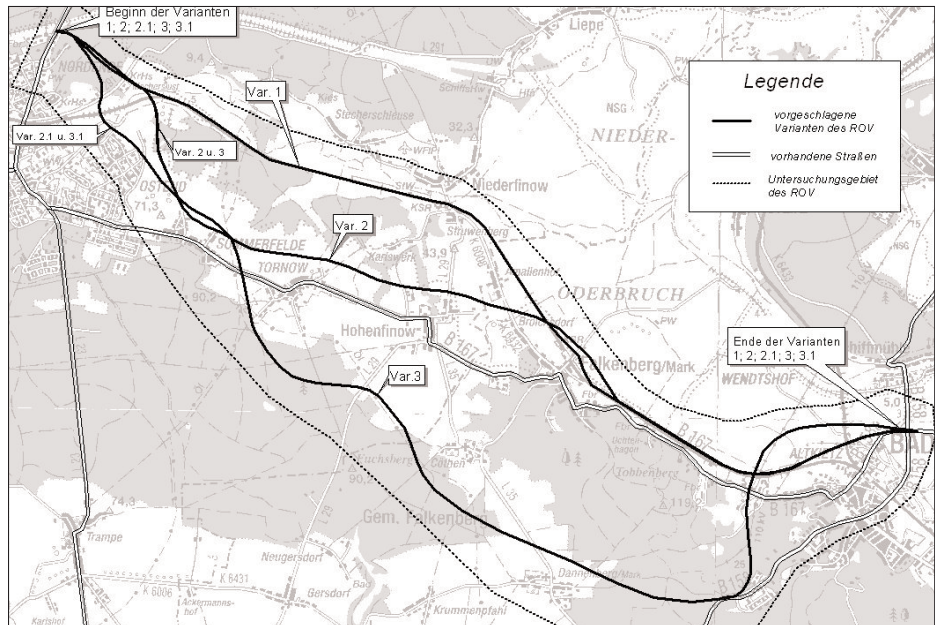
Somit haben sich nach Falkenberg mit den OT Cöthen und Dannenberg, Sommerfelde und Tornow, jetzt auch Hohenfinow mit den OT Struwenberg und Karlswerk, also alle zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde liegenden Gemeinden, gegen den Bau der Schnellstraße in allen Varianten ausgesprochen. Auch von Eberswalde wird der Bau der sogenannten Umgehungsstraße abgelehnt.

Es stellt sich nun die Frage, weshalb sich die Freienwalder Abgeordneten nicht wie in allen anderen Städten und Gemeinden des Untersuchungsraumes den offenkundig gewordenen Argumenten wie ungenügende und veraltete Planungsgrundlagen, Nichtbeachtung von wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungsprognosen, Landschaftszerschneidung, Flächenversiegelung, Umwelt- und Lebensraumbeeinträchtigungen beugen, sondern hartnäckig am Bau der geplanten Schnellstraße festhalten?

Welches Interesse kann Freienwalde haben, plötzlich einige Minuten schneller nach Eberswalde kommen zu wollen? Sollte es vielleicht für die Freienwalder interessant sein, morgens einige Minuten länger zu schlafen, bevor sie sich auf den Weg nach Eberswalde aufmachen, weil es dort so viele zu besetzende Arbeitsplätze gibt und die Eberswalder lieber bei Hartz IV bleiben? Sicher nicht – die Antwort liegt klar auf der Hand.

Freienwalde möchte den derzeit durch die B158 verursachten – also den Berlinverkehr(!) – aus der Stadt haben. Dieser Berlinverkehr hat mit Eberswalde aber herzlich wenig zu tun. Doch wenn es Freienwalde gelingt, Variante 3 durchzusetzen, fällt so ganz nebenbei eine »Ortsumgehung« für Freienwalde ab. Man verspricht sich so, den Kurstadttitel zu erhalten.

Nebenbei bemerkt darf ernsthaft bezweifelt werden, daß eine Verschiebung des Verkehrs der Berliner Strasse in Freienwalde um einige Meter nach Norden eine Verbesserung des Kurstadtklimas bringt, zumal dies sogar von den Planern des Raumordnungsverfahrens



eher kritisch eingeschätzt wird. Was nützt im übrigen der Kurstadtstatus, wenn eines der wesentlichen Merkmale eines Kurortes – nämlich die Landschaft – unwiderruflich zerstört wird?

Das mit der für Freienwalde kostenlosen Umgehungsstraße funktioniert aber nur, wenn die B167 nicht nur generell neu, sondern auch noch in ihrer längsten und teuersten Variante gebaut wird!

Somit wird das Freienwalder Verkehrsproblem auf dem Rücken der Eberswalder, Tornower, Dannenberger usw. Anwohner ausgetragen! Die Neuverlärmung von Anwohnern ethischer Gemeinden wird von der »Kurstadt« ebenso billigend in Kauf genommen wie die Tatsache, daß genau genommen, für den Bau von einigen hundert Metern »Umgehungsstraße« für Bad Freienwalde eine rund 20 km lange, 40 Millionen Euro (!) teure Schneise in die Natur zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde geschlagen wird. Eine Steuermittelverschwendung, die ihresgleichen sucht!

Doch das ist noch nicht alles. Der Eberswalder innerstädtische Quell-/Zielverkehr (derzeit ca. 95%, siehe ROV) wird die Umgehungsstraße nicht annähernd in dem Maße nutzen können, wie man es erhofft, da diese

nur zwei Verkehrsanbindungen für Eberswalde vorsieht. Das haben die Eberswalder Stadtverordneten inzwischen auch erkannt und deshalb die »Umgehungsstraße« abgelehnt, da keine sonderliche Entlastung für die Innenstadt zu erwarten ist.

Aber, der derzeit als marginal (ca. 5%, siehe ROV) einzustufende Eberswalder »echte« Durchgangsverkehr, also der Verkehr, welcher von Neuruppin kommend Eberswalde dann in Richtung FRW verläßt, wird dann rasant zunehmen! Denn, so eine schöne und vor allem leere (!) Fernverkehrsstraße, wird im Hinblick auf die geplante Öffnung des Grenzübergangs Hohenwutzen-Süd für LKW eine riesige Menge an zusätzlichen »mautprellenden« LKW-Transit-Verkehr ins Urstromtal locken. Das dürfte wohl jedem einleuchten. Und dann hat Eberswalde ein zusätzliches Verkehrs- und auch Umweltproblem. Die Chance, eine wirkliche Entlastung für den Eberswalder Innenstadtverkehr zu schaffen, dürfte mit den durch den Bau der Fernverkehrsstraße geschaffenen Fakten dann auf lange Sicht gänzlich vertan sein. Das ist für Eberswalde dann eine wirklich unbequeme Wahrheit.

KARIN STUKE, Falkenberg

Vierte Bücherspende des KJP

Am 8. November 2007 war der internationale Tag der Kinder- und Jugendliteratur. Dieses Datum nutzte das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde, um seine vierte Bücherübergabe in diesem Jahr durchzuführen. Diesmal wurden die Kinder der Kita »Im Zwergerland« mit mehr als 120 Malbüchern und Büchern der Kinder- und Jugendliteratur beschenkt, die das KJP zuvor als Spenden von Verlagen erhielt. »Wir freuen uns besonders, daß wir unser Ziel, eine Bücherübergabe je Quartal, im

Jahr 2007 erreicht haben«, zieht der KJP-Vorsitzende, Martin Hoeck eine erste Bilanz dieser Aktion. Die Mitglieder des Eberswalder Kinder- und Jugendparlamentes möchten noch einmal darauf hinweisen, daß diese Bücher-spenden etwas Zusätzliches sein sollen. Das KJP begrüßt es sehr, daß die Stadt Eberswalde jede Kita entsprechend der Anzahl der betreuten Kinder auch mit Finanzmitteln für Bücher und Bastelmaterial ausstattet.

Pressestelle KJP Eberswalde

Schnellstraße ist keine Lösung

Auf ihrer Novembersitzung beschäftigte sich die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung unter anderem mit der Stellungnahme der Stadt zum Raumordnungsverfahren B167-Ost. Laut dem vom Landesbetrieb für Straßenwesen erarbeiteten Unterlagen geht es um den Neubau von Ortsumgehungen zwischen Eberswalde bis Bad Freienwalde. Für die gegenwärtige Verkehrssituation in Eberswalde scheint eine Ortsumgehung durchaus eine Lösung zu sein. Allerdings lassen die vorgelegten Pläne daran zweifeln, daß die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs in Eberswalde tatsächlich zu den Zielen dieses Straßenneubaus gehört. Geplant ist vielmehr eine Schnellstraße von der Autobahn bis zur polnischen Grenze quer durch die Landschaft und ohne die für eine Entlastung des regionalen Verkehrs notwendigen Anschlußstellen an das vorhandene Strassennetz. Die vorgeschlagenen Varianten würden vor allem in den Eberswalder Stadtteilen Ostend, Sommerfelde und Tornow statt Entlastung zusätzliche Verkehrsbelastungen bringen.

Die Fraktion hat daher die Stadtverwaltung aufgefordert, in der Stellungnahme besonders auf die verkehrspolitischen Ziele der Stadt hinzuweisen. Dabei geht es um

- die Entlastung der gegenwärtig stark befahrenen innerstädtischen Verkehrswege (B167/B2),
- den Schutz der Eberswalder Siedlungsgebiete vor zusätzlichen Verkehrsbelastungen,
- die Vermeidung zusätzlicher Zerschneidung der Landschaft und
- den Schutz der natürlichen Umwelt in und um Eberswalde.

Desweiteren sollte die Stellungnahme explizit auf den Mangel hinweisen, daß die für eine Bewertung erforderliche Untersuchung der Nullvariante in den Antragsunterlagen fehlt. Denn zu einem unvoreingenommenen Variantenvergleich gehört auch die Beantwortung der Frage, wie sich das Gebiet ohne den Neubau der Straße entwickeln würde. Diese Betrachtung könnte durchaus zu der Erkenntnis führen, daß ein Straßenbau dieses Umfangs nicht notwendig ist und vielleicht auch ein niedrigerer Ausbaustandard der Straße ausreicht, um die Ziele der Landesplanung zu erreichen.

Nach unserer Auffassung kann keiner der vorgelegten Trassenvarianten gefolgt werden. Die Schnellstraßenpläne des Landesamtes für Straßenwesen tragen in keiner Weise zu einer Entlastung der vorhandenen Straßen in und um Eberswalde bei.

KARIN WAGNER und GERD MARKMANN

Erwartungen an die Linke

Mit der Vereinigung zur Partei Die Linke erwarte ich neben Veränderungen in der Organisation auch neue inhaltliche Impulse in der Kommunalpolitik in Eberswalde. Dazu einige Gedanken:

Es sollte auch in der Kommunalpolitik deutlicher werden, daß Die Linke eine Volkspartei im Osten ist, die in ihrer Tätigkeit einen entscheidenden Schwerpunkt darin sieht, für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der einfachen Leute wie Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner einzutreten. Das steht auch nicht im Widerspruch dazu, z.B. in der kommunalen Wirtschaftspolitik für die Förderung von Handwerk und Gewerbe sowie der Klein- und Mittelbetriebe aktiv beizutragen.

Ich würde mir auch wünschen, daß endlich Die Linke eine aktive Öffentlichkeitsarbeit bestreitet, wo Gedanken und Vorschläge zur Kommunalpolitik den Bürgerinnen und Bürgern verständlich übermittelt werden. So würde ich es für gut finden, wenn Stadtverordnete und Vorstandsmitglieder in Leserbriefen in der örtlichen Presse wirksam werden oder regelmäßig im Mitteilungsblatt der Stadt über ihre Tätigkeit berichten. Das schließt auch eine kritische Haltung zu kommunalpolitischen Fragen ein, was eine konstruktive und verantwortungsvolle Mitarbeit keinesfalls ausschließt.

Die zunehmende Politik- und Parteienverdrossenheit hat auch in Eberswalde bei abnehmender Wahlbeteiligung zu einer verstärkten außerparlamentarischen Opposition geführt, was sich in Bürgerinitiativen und anderen Organisationsformen von Bürgerinnen und Bürgern ausdrückt. Das trifft in vollem Maße auch für die Rolle der Gewerkschaften zu. Die vielfach auf diesen Gebieten gemeinsamen Ziele sollte Veranlassung sein, zur Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger eine verstärkte Zusammenarbeit anzustreben.

Dr. HELMUT KOCH

Aufschwung per Bestellung

Es ist immer wieder erstaunlich, wie kurz vor Wahlen die verkündeten aktuellen Statistiken dem erstaunten Bürger sein Recht auf Protestwahl jeder Sorte absprechen. Der Aufschwung kommt sozusagen immer im Wahltakt in die Medienlandschaft. Wenn man will, kann man den nächsten Aufschwung sogar schon im Voraus im Kalender ankreuzen. Das ist erstens recht praktisch für die etablierten demokratischen Kräfte. Und zweitens verhindert es politischen Wildwuchs von Kräften, die sich den Weisungen der amtierenden Elite der Oberdemokraten unter Mißbrauch bürgerlicher Freiheitsallüren widersetzen. Der Wähler begreift den Inhalt der statistischen Prophezeiung: Nur noch ein wenig warten, dann kommt der Aufschwung auch zu mir nach Hause! Wozu sollte man sich da also mit Politik beschäftigen? Der Laden läuft doch! Läuft er wirklich?

Verschlechtert sich dann doch wider Erwarten die eigene Situation, kann man sich ja immernoch irgendwelchen Rebellen anschließen. Ob man diese jedoch ausgerechnet in der PDS findet? Diese zarteste Versuchung der Linken, seit es gut bezahlte Koalitionsposten zu verhandeln gibt, hat bisher weder die versprochenen Schulen im Dorf gelassen noch konnte sie mitregierend nennenswert sozial auffallen. Immer mehr Bürger fragen sich sogar, ob in den nächsten Jahrzehnten überhaupt durch Wahlen gerechtere Verhältnisse und soziale Sicherheit für

alle erreichbar sind. Die ernüchternde Antwort: Es ist keine wirklich überzeugende Alternative zu dieser scheinheiligen Zeremonie der heutigen Oberpriesterschaft in Sicht. Erst wenn die für den Kult vor dem goldenen Kalb (das ist ein uralter biblischer Ausdruck für das Anbeten von Reichtum und das propagierte Recht auf arbeitsfreie Einkommen) verlangten Menschenopfer Lücken in den Kreis der eigenen Liebsten reißen, wird wohl eine Umbewertung einsetzen. Solange spielt die gemietete Kapelle wie auf der Titanic immer weiter, stets dieselbe Melodie. Es folgen Kriegswirren und Gewinnmitnahmen der außergewöhnlichen Art wie zuletzt 1945. Und dann geht derselbe irre Zyklus von Wirtschaftswunder, Marktsättigung und Massenenteignung von vorne los. Um noch einmal auf die Religion des Kapitalismus, der auch große Teile der verschiedenen Bürgerbewegungen zwischen extrem links und extrem rechts huldigen, zurückzukommen: Welchem Gott baut man wohl heute die höchsten Türme? Mammon heißt der Götze und Zins ist seine rituelle Kulthandlung. Und wer nimmt in diesen Türmen wohl wem die Beichte ab? Der Kreditberater dem Kreditnehmer. Was passiert, wenn ein Bürger mit der Tilgung vom Hauskredit nicht hinterherkommt? Es wird zwangsvollstreckt und er wird Mieter mit meist erheblichen Restschulden. Was passiert, wenn Banken ihr Geld in

ausländischen Finanzblasen (US-Hypothekenschrott) verjuxen und nun der EZB nicht pünktlich die Tilgung leisten? Dann erfindet die EZB ein paar hundert Milliarden und schon ist der Kapitalismus wieder gesund. Nach der Logik könnte man also auch mitten zwischen zwei Wahlen Aufschwung produzieren, indem man einfach Geld für Wirtschaftskreisläufe austeielt, welches nur zu gern in irgendwelchen Blasen verschwindet und damit den gesellschaftlichen Warenaustausch ins Stocken bringt. Nur: wer will das schon - so mitten zwischen zwei Wahlen? Mit Sicherheit niemand, der in den letzten Jahrzehnten hier bei uns viel zu sagen hatte. In keiner Partei oder Bewegung. Da kann man wirklich wählen, bis man schwarz wird. Oder rot. Oder braun. Die Farbschubladen-Erfinder haben diese Welt auch immer nur verschieden interpretiert. Wirklich verändert haben sie immer nur die Statistiken. Vor den Wahlen zum Beispiel.

PETER SPANGENBERG

3. Agenda-Preis

Der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. hat in diesem Jahr den Agenda-Preis unter dem Motto »Wer ist der Energiesparmeister der Stadt« ausgeschrieben. Dazu gab es leider nur zwei Bewerbungen. Die Jury, bestehend aus 4 Mitgliedern des Vereins, kam in ihrer Sitzung am 22. Oktober zu dem Ergebnis, den Preis an die Familie Reckzeh zu vergeben.

Im Zeitraum von August 2006 bis Juni 2007 errichtete die Familie Reckzeh im Blumenweg im Eberswalder Stadtteil Ostende an der Stelle eines abrißreifen Wohnhauses aus den 30-er Jahren ein Passivhaus. Durch eine vorausschauende Planung und eine auf Energieeinsparung ausgerichtete Bauausführung wurde der Energieverbrauch im Vergleich zum Vorgängerbau um etwa 90 Prozent gesenkt. Vom Architekten der Familie wurde ein Wärmebedarf für das Haus von jährlich 15 kWh/m² Grundfläche berechnet. Das entspricht einem Heizölverbrauch von etwa 1,5 l pro m² und Jahr. Eine Solarthermieanlage von 15 m² Fläche auf dem Dach erzeugt warmes Wasser und dient der Heizungsunterstützung. Die Heizung selbst besteht aus einem wasserführenden Kaminofen, der mit naturbelassenem Holz geheizt wird. So können allein bei der Beheizung pro Jahr 10 t CO₂ eingespart werden. Auch bei der elektrotechnischen Ausstattung achtet die Familie Reckzeh auf energiesparende Geräte.

Insgesamt war die Jury der Auffassung, daß die Senkung des Energieverbrauchs um 90 Prozent zum Vorjahr durch Errichtung eines Passivhauses in Verbindung mit einer solarthermischen Anlage durchaus dem Ziel eines Energiesparmeisters entspricht. Die Preisverleihung erfolgte anlässlich des Agenda-Stammtisches am 5. Dezember in der Bierakademie.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V.

Am 30. November nahmen die gesetzlichen Vertreter der »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« (Arbeitslosenverband, ver.di, DGB, GRÜNE LIGA und die Partei DIE LINKE) die Möglichkeit wahr, im zuständigen Fachausschuß des Landtages ihre Meinungen und Positionen darzulegen und sich den Fragen der Abgeordneten zu stellen.

Von Anfang an hatten wir den Eindruck, daß für die Regierungskoalition das Ergebnis des Anhörungsverfahrens bereits feststand. Im Vorfeld hatte der SPD-Generalsekretär Klaus Ness, die Volksinitiative »Wünsch-Dir-was-Kampagne« der Linkspartei diskreditiert. Damit wird der Bürgerwille von über 32.000 Unterschriften parteipolitisch instrumentalisiert und abqualifiziert.

Dementsprechend ideologisch gestärkt traten dann der stellvertretende Ausschußvorsitzende Dr. Jens Klocksin (SPD), der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Christoph Schulze und der aalglatte, realitätsferne Jung-Abgeordnete Thomas Günther (SPD) im Anhörungsverfahren auf.

Ruf nach starker Naturschutzbehörde

Ein Ergebnis der November-Sitzung des Umweltausschusses des Kreistages Barnim (A5) ist, daß dieser jetzt prüfen will, ob der Landkreis 2008 nicht doch eine eigene Baumschutzsatzung erarbeiten soll, die über die Forderungen der brandenburgischen Baumschutzverordnung hinausgeht. Der Ausschuß beklagte, daß in den vergangenen Jahren aufgrund der derzeit laschen brandenburgischen Baumschutzverordnung vor allem viele alte vitale Baumbestände der Kettensäge zum Opfer gefallen sind. Damit einhergehend haben sich die Ortsbilder und damit die Wohn- und Lebensqualität der Gemeinden auf bedenklich negative Weise verändert. Dies trifft besonders auf die südlichen Bereiche des Kreises, im Speckgürtel der Hauptstadt, zu, die einen hohen Bevölkerungsanstieg verzeichnen. In diesem Zusammenhang schlug der Ausschußvorsitzende Johannes Madeja (Grüne/Freie Wähler) vor, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die alle Anregungen zum Baumschutz aufgreift und zu einem Papier verdichtet.

Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt (CDU) hingegen möchte auf Zeit spielen. Er erklärte, daß das Land Brandenburg bis zum Frühjahr 2008 von den Kreisen erfragt wird, welche Erfahrungen sie bislang mit der brandenburgischen Baumschutzverordnung gemacht haben und dann prüft, ob das Gesetz womöglich ab 2009 novelliert werden sollte. Bockhardt will von den Ergebnissen dieser Befragung abhängig machen, ob es dann erforderlich sein wird, eine kreiseigene Satzung zu erlassen. Das allerdings reicht dem Umweltausschuß bei weitem nicht aus. Es ist ja nicht so, daß der Entwurf einer kreiseigenen Baumschutzsatzung noch nicht existiert. Richtig ist vielmehr, daß er in den Schubladen der Kreis-

behörden bis zum St. Nimmerleinstag schlummert und nicht rausgerückt wird.

Sind Wohl und Wehe des Baumschutzes im Landkreis Barnim wirklich nur von einer strenger kreiseigenen Satzung abhängig? Ich denke nein. Denn eine solche müßte auch effektiv in die Praxis umgesetzt werden. Und gerade da wird es wohl hapern.

Seit dem Streit um die Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 und mit Blick auf die Rodungen von Alleen während des laufenden Jahres in den Ortsteilen der Städte und Gemeinden im Barnim habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Führungsspitze der Kreisverwaltung gar kein Interesse am Schutz alter Bäume hat und versucht, diesbezügliche Engagements und Bestrebungen nicht zuletzt durch Taktierereien zu unterlaufen. Die Ausführungen des Wirtschaftsdezernenten Bockhardt bestätigen mir dies erneut. Das hat nichts mit einer verantwortungsvollen, ausgewogenen Regionalpolitik zu tun und kann schlichtweg als rückwärtsgerichtet bezeichnet werden.

Insbesondere seitdem die Untere Naturschutzbehörde letztes Jahr im Zuge einer wenig effektiven Umstrukturierung der Kreisverwaltung dem Bauordnungsamt untergeordnet wurde, fehlt ihr die Kraft, die Interessen des Natur- und Umweltschutzes wirkungsvoll zu verteidigen. Wehe dem, der Böses dabei denkt, daß dies gewollt ist! Die gleichen Spielchen, die im Kreis laufen, sind, wie sollte es auch anders sein, auf Landesebene zu beobachten.

Eine Grundvoraussetzung, daß im Landkreis Barnim ökologische Belange konsequent und kompetent vertreten werden können, wäre die Schaffung einer unabhängigen, durchsetzungsfähigen und gleichberechtigten Fachbehörde.

Dr. ANDREAS STEINER

(Schein)Demokratie, erster Akt

Die Vertreter der CDU schwiegen, scheinbar weil von ihrer Fraktion noch keine Positionen erarbeitet wurden. Leider entwickelte sich die Anhörung immer mehr zu einem nicht konstruktiven Schlagabtausch zwischen SPD und Linkspartei. Dies offenbarte die Interessen- und Kenntnislosigkeit von Vertretern der Regierungskoalition. Damit ließen sie diese Veranstaltung ungenutzt zu einem scheindemokratischen Akt verkommen.

Daß zwei wirtschaftsstarke Landkreise wie Dahme-Spreewald (ab 1.8.2007) und Teltow-Fläming (ab 1.1.2008) ein Sozialticket eingeführt haben bzw. einführen, ist begrüßenswert. Dies sind aber »Sozialtickets auf unterem Niveau« und nur für den Busverkehr anwendbar. Finanzschwache Landkreise wie die Uckermark, Spree-Neiße, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, aber auch kreisfreie Städte wie Cottbus und Frankfurt (Oder), werden ein Sozialticket aus eigener Kraft nicht realisieren

können. Schon deshalb ist es wichtig, auf Basis einer soliden Finanzierung eine landeseinheitliche Lösung zu schaffen. Ideologische Grabenkämpfe helfen den Bedürftigen und Anspruchsberechtigten nicht, sondern produzieren immer mehr Vertrauensverluste in die Politik und fortschreitende Wahlabstinenz.

Auf Landesebene und kommunaler Ebene scheinen viele vergessen zu haben, wer die politische Verantwortung für die Agenda 2010 trägt. Die Lasten der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Die verheerenden Auswirkungen der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in den strukturschwachen Regionen sind Realität, insbesondere mit Blick auf die vorherrschende Kinderarmut und die vorprogrammierte Altersarmut. Auf kommunaler Ebene hat man mit diesen Auswirkungen zu kämpfen und nicht viel mehr, als »Erste Hilfe« zu leisten.

CARSTEN ZINN und Dr. ANDREAS STEINER

Volksinitiative »Keine neuen Braunkohletagebaue«:

Linke und Grüne sammeln Unterschriften

»Die Braunkohle ist mir egal, ich heize mit Erdgas«, meint ein Passant auf dem Eberswalder Marktplatz. Der emsige Unterschriftensammler der Linken ist erstmal platt und versucht dann passende Argumente zu finden. »Es geht um einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle, so in 30 – 40 Jahren vielleicht. Wir brauchen jetzt den Wechsel hin zu erneuerbaren Energien«, so der junge Eberswalder Genosse. Eine Unterschrift für die Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« bekommt er vom Passanten nicht.

Am Ende der Infoaktion der Eberswalder Linken und Grünen – gemeinsam mit dem NABU, dem BUND und der Grünen Liga – haben aber ca. 250 Menschen unterschrieben. »Wir haben viele gute Gespräche geführt«, faßt Jörg Schneidereit vom SprecherInnenrat der Eberswalder Linken den Samstagvormittag zusammen. Auch Thorsten Kleinteich von den Grünen und Ute Krakau vom BUND sind zufrieden. Sie haben mit der Linken einen guten Partner in Sachen Umweltpolitik gefunden.

Die Volksinitiative hat zum Ziel, daß keine neuen Braunkohletagebaue in Betrieb genommen werden. Die aktuellen können zu Ende genutzt werden. Daher wird auch kein Kumpel von heute auf morgen arbeitslos. Es würde sich um einen »allmählichen und sozial verträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2050« handeln, wie der Landesvorsit-



zende der Linken Thomas Nord betont. Die Initiatoren der Volksinitiative wollen durch diese Mittelfristigkeit Zeit gewinnen. Zeit für soziale, ökonomische, ökologische und technologische Alternativen zur Energiegewinnung. »Wenn diese Zeit allerdings nicht genutzt wird durch eine zukunftsfähige Politik – und als solche kann heute nur noch eine Politik genannt werden, die das absehbare Ende der fossilen Rohstoffe vorweg nimmt – der verheizt in der Tat die Zukunft der Lausitz«, kommentiert Nord das Vorgehen der Brandenburger Landesregierung.

Für die Volksinitiative werden 20.000 Unterschriften benötigt. Unterschriftenlisten liegen in Eberswalde in der Geschäftsstelle der Linken, der Grünen und im GLOBUS Naturkost & Naturwaren aus. Infos unter: www.keine-neuen-tagebaue.de

CHRISTIAN REHMER

Energiesparkontor

Eberswalde (bbp). Auf der Vereinssitzung des Energiesparkontor Barnim am 21. November im Rathaus Eberswalde berichtete der Vorsitzende Kurt Hilker zunächst über das Energieforum vom 31. August im Waldsolarheim. Themen waren u.a. moderne Beleuchtungskonzepte für öffentliches Bauen, Energieeffizienz durch moderne Gebäudeleittechnik, eine Biomassebörse als intelligente Lösung zur Versorgung mit Biomasse in der Region sowie Informationen zum Holzkraftwerk auf dem Hafengelände und zur Eröffnung des Informationszentrums Holzenergie im Waldsolarheim.

In der Diskussion zur weiteren Nutzung der Braunkohle in Brandenburg wurde festgestellt, daß die Braunkohle in Brandenburg ein wichtiger und derzeit unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor darstellt. Dabei ginge die Entwicklung eines kohlendioxidfreien Kraftwerks in die richtige Richtung. Zum Stand der Überarbeitung Energieatlas informierte der Vorsitzende, daß die Arbeit wegen fehlender Zuarbeit noch nicht abgeschlossen werden konnte. Den Abschluß bildete die Besichtigung der Wechselrichter- und Einspeisestation der auf dem Rathausdach installierten Bürgerfotovoltaikanlage. Die nächste Beratung des Energiesparkontors findet am 11. Dezember um 17.30 Uhr im Waldsolarheim in der Brunnenstraße statt.

Kettensägefetschisten

Verkehrsminister Dellmann legte persönlich Hand an und pflanzte an der Lichtenfelder Messingwerkstraße eine Birke (MOZ, 4.12.).

Doch dieser Verkehrsminister kann sich drehen und wenden, wie er will. Er ist und bleibt der oberste Alleen-Vernichtungs-Befürworter, obwohl er das Gegenteil – sogar durch das neue Alleen(vernichtungs)konzept gesetzeflankiert – zu suggerieren versucht und schöne Worte für üble Vernichtungstaten findet, wie beim letzten Streich, der völlig unnötigen Fällungen der Allee an der Messingwerkstraße.

Aber die Argumentation ist äußerst durchsichtig und wird das Gegenteil bewirken: Der Widerstand aller Naturfreunde formiert sich zunehmend. Der Netzwerkgedanke wird sich weiter breit machen und die gewissenhaften Bürger werden den Ämtern künftig noch genauer auf die Finger sehen, um sich unsere einmalige Kulturlandschaft nicht – von höchster Stelle angeordnet – systematisch und schleichend zerstören zu lassen.

Dafür gebührt diesem Minister der Negativpreis der vereinigten Baumschützer sehr zu recht. Im übrigen sollte vielleicht bei der Auswahl von Neugehölzen mehr Sachverstand walten oder zumindest fachlicher Rat eingeholt werden (Birken?!).

RAINER NIEMTSCH

AG Umwelt im Jahr 2008

Eberswalde (agu/bbp). Zwei wichtige Vorhaben sollen im nächsten Jahr die Arbeit der AG Umwelt bei der Barnimer Linken (AGU) bestimmen. Darüber berieten die Mitglieder der AGU am letzten Freitag im November, wie immer im Eberswalder Restaurant »Am Weidendamm«.

Zum einen will die AGU Vorschläge erarbeiten, mit denen die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde im Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima). Seit 2007 Stadt gehört die Stadt wieder dem Klimabündnis an, nachdem in einer der letzten Aktionen des 2006 abgewählten Bürgermeisters im Dezember 2005 unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung der Austritt beschlossen worden war. 254 Euro Einsparung pro Jahr brachte die Kündigung der Bündnismitgliedschaft ein.

Gemeinsam mit dem Energiesparkontor Barnim e.V., dem Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. und den Eberswalder Bündnisgrünen trat die AGU in einer öffentlichen Kampagne für den Wiedereintritt in das Klimabündnis ein. Dabei brachten sie 260 Euro als Spende für die notleidende Stadt auf, damit diese den Wiedereintritt finanzieren kann. Die Stadtfractionen der Bündnisgrünen und der Linkspartei stellten den Wiedereintritt ins Klimabündnis im Februar 2006 auf die Tagesordnung der StVV, die den Wiedereintritt mehrheitlich beschloß. Nach einem Jahr war der Beschluß auch verwaltungstechnisch umgesetzt.

Hinsichtlich der Ziele des Klimabündnisses ist die Stadt Eberswalde gar nicht mal so schlecht aufgestellt. Es gab in den letzten Jahren viele entsprechende Aktivitäten. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit ist die Bürgersolaranlage auf dem Dach des Rathauses. Wie die AGU feststellte, fehle in der Stadt allerdings eine zusammenfassende Betrachtung. Es scheint in der Stadtverwaltung keine Verantwortlichkeiten dafür zu geben. Der einst beschlossene Maßnahmenplan zum Klimaschutz gilt seit mehreren Jahren als abgearbeitet. Neue Vorgaben seitens der StVV oder des Bürgermeisters gab es seither nicht. Hier will die AGU im nächsten Jahr ansetzen.

Als zweite Aufgabe nehmen sich die AGU-Mitglieder für 2008 vor, endlich tatsächlich im gesamten Barnim wirksam zu werden. Bisher ist die AGU weitgehend im Eberswalder Gebiet aktiv. Kontakte gibt es zu Gleichgesinnten in Schwedt und in Bad Freienwalde, während es bislang kaum eine Resonanz aus Bernau und anderen Orten im Niederbarnim gab. AGU-Sprecher Christian Rehmer wird sich künftig verstärkt um Kontakte zu Niederbarnimer Linken mit grünem Herz bemühen.

Verabredet wurden zudem der Terminplan für das erste Halbjahr 2008. Die Treffen AGU trifft sich demnach an jedem 2. Freitag im Monat. Ausnahmen sind der Februar und der Mai, in denen der 3. Freitag AGU-Tag ist. Wie gewohnt jeweils 17.30 Uhr am »Weidendamm«.

Protest und Widerstand in Deutschland und Frankreich:

J'accuse – Ich klage an!

I. Heinrich Heine und die »Demagogenverfolgung« 1832

Bei unserem Titel denkt man an Emile Zola und die Dreyfus-Affäre. Im Januar 2008 ist Anlaß, daran zu erinnern. Weniger bekannt ist, daß Zola mit seiner Anklageformel einen prominenten Vorgänger hatte: Heinrich Heine. Beide Schriftsteller wurden ins Exil getrieben, beide waren mit dem Antisemitismus ihrer Zeit konfrontiert. Heine hatte damals Mühe, sich in Deutschland gegen die Zensur Gehör zu verschaffen. Dagegen hatte Zolas Auftreten wesentlichen Anteil an einer Wende der französischen Innenpolitik. Dieser Unterschied hängt mit den Verhältnissen und politischen Traditionen in Deutschland und Frankreich zusammen.

Mehrfach hat es im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts Beispiele mutigen politischen Protestes prominenter Geistesstärker gegeben. Stets waren es Einzelne oder wenige, die ihre Stimme erhoben, doch ihre Wirkung in der Öffentlichkeit war groß, selbst wenn ihr Anliegen keinen unmittelbaren Erfolg hatte. Die »Göttinger Sieben« – unter ihnen Jacob und Wilhelm Grimm – protestierten 1837 gegen den Verfassungsbruch des hannoverschen Königs. Einhundertzwanzig Jahre später – im April 1957 – erging der Göttinger Appell der 18 Physiker gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Solche Vorgänge sind auch für die deutsche Gegenwart noch höchst aktuell.



Heinrich Heine im Jahr 1829

2006 scheiterte am Widerstand der Franzosen die »Verfassung für Europa«, der Versuch, den Status quo – also neoliberalen Kapitalismus, Sozialabbau und staatliche Allmacht – zu zementieren. Nun versuchen es die Regierungen – diesmal ohne Volksabstimmungen – mit dem »Europa-Vertrag« erneut, der »zu jedem despotischen Gelüste die legalsten Befugnisse bietet« (Heine). Den »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« und den europäischen Haftbefehl hätte Fürst Metternich sehr nützlich gefunden. Die Herren Schily und Schäuble kümmern alles, »was im Lande gezwitschert und gepfiffen wird«, und Heines »große Schere« findet sich noch in den Räumen der Medienanstalten...

Heine beklagte den geringen Widerstand in Deutschland gegen solche Staatswillkür: »Ich schwöre es bei allen Göttern des Himmels und der Erde, der zehnte Teil von dem, was jene Leute

[deutsche Auswanderer] in Deutschland erduldet haben, hätte in Frankreich sechsunddreißig Revolutionen hervorgebracht und sechsunddreißig Kronen die Krone mitsamt dem Kopf gekostet! (Vorrede zum ersten Band des »Salon«, 1833).

Doch zu Heines Protest. Zunächst die Vorgeschichte:

1815: Wiener Kongreß. Die deutschen Fürsten gründen den Deutschen Bund und beschließen die Bundesakte. Der preußische König bricht sein Versprechen aus dem Befreiungskrieg - Nationalvertretung und Verfassung. Metternich konstruiert ein europäisches Bündnissystem gegen »revolutionäre Umtriebe«, die »Heilige Allianz«.

1819: Die deutsche demokratische Opposition wird mit Polizei, Gerichten und Zensur bekämpft (erste »Demagogenverfolgung«).

1821/23: Militärinterventionen der Allianz gegen Revolutionen in Spanien und Italien.

1825: Der Jurastudent jüdischen Glaubens Harry Heine läßt sich taufen, um Aussicht auf eine bürgerliche Laufbahn zu haben.

1826/27: Heine wird mit seinen »Reisebildern« (Die Harzreise, Die Nordsee) als Literat bekannt.

1829: Der romantische Dichter Graf von Platen-Hallermünde beleidigt Heine in schmutziger antisemitischer Manier.

1830: Julirevolution in Frankreich, Revolution in Brüssel und polnischer Aufstand erschüttern die Fundamente der »Heiligen Allianz« und geben der antifeudalen Opposition in Deutschland Auftrieb. Soziale Unruhen in weiten Teilen Deutschlands. In Sachsen Regierungswechsel und bürgerliche Reformen erzwungen. Heine dazu: »Gottlob! die Revolution des Julius hat die Zungen gelöst, die so lange stumm geschienen...« Im September erlebt Heine den Judenpogrom in Hamburg.

1832, Mai: Hambacher Fest, Höhepunkt der Bewegung. Dreißigtausend Menschen fordern deutsche Einheit und Republik.

1832, Juni: Beschlüsse des Frankfurter Bundestages lösen die zweite »Demagogenverfolgung« aus. Zensurbestimmungen gegen oppositionelle Schriften verschärft.

Nach dem Judenpogrom war Heinrich Heine im Jahr 1831 nach Paris emigriert. Von dort antwortete er auf die neue Verfolgungswelle mit dem Vorwort zu den »Französischen Zuständen«, datiert auf den 18. Oktober 1832.

Darin nahm er das von der Kirche unterstützte Polizei- und Zensurregime (»...den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist, braucht Ihr nicht zu fürchten, denn ihr steht gut mit ihrer heiligen Dienerschaft...«) aufs Korn: »Jeder von euch ist ein Salomo... Gleich diesem versteht ihr auch die Sprache der Vögel. Ihr wißt alles, was im Lande gezwitschert und gepfiffen wird, und mißfällt euch der Gesang eines Vogels, so habt ihr eine große Schere, womit ihr ihm den Schnabel zurechtschneidet...«

Damit nicht genug, Heines Angriff galt der Bundesakte von 1815, der staatsrechtlichen Grundlage der absolutistischen Ordnung:

»Da ich wohl weiß, von welchen Leuten die Urkunde, worauf sich diese Beschlüsse berufen, verfertigt worden ist, so zweifle ich keineswegs, daß diese Urkunde, nämlich die Wiener Bundesakte, zu jedem despotischen Gelüste die legalsten Befugnisse enthält. ...

Kraft meiner akademischen Befugnis als Doktor beider Rechte erkläre ich feierlichst, daß eine solche von ungetreuen Mandatarien ausgefertigte Urkunde null und nichtig ist; kraft meiner Pflicht als Bürger protestiere ich gegen alle Folgerungen, welche die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni aus dieser nichtigen Urkunde geschöpft haben; kraft meiner Machtvollkommenheit als öffentlicher Sprecher erhebe ich gegen die Verfertiger dieser Urkunde meine Anklage und klage sie an des gemißbrauchten Volksvertrauens, ich klage sie an der beleidigten Volkssouveränität, ich klage sie an des Hochverrats am deutschen Volke, ich klage sie an!«

Daß der Dichter 1833 mit einem Verbot seiner sämtlichen, auch künftigen, Schriften bedacht wurde, muß nicht verwundern.

ROLF RICHTER

Literatur:

Kerstin Decker: Heinrich Heine, Narr des Glücks. Biographie. Berlin 2005. Heinrich Heine. Werke und Briefe. Berlin 1961, Bd. 4, darin Französische Zustände, Vorrede (1832) S. 368-383 Vorrede zum 1. Band des »Salon« (1833) S. 583-594

Sehen wie ein Kondor

Bernau (bm). José Pablo Quevedo ist ein äußerst vielseitiger Poet, der in der Malerei – nur ein Hobby – eine andere Ebene zu seiner Dichtkunst fand. Der in Peru geborene und seit 1976 in der DDR lebende promovierte Philosoph schreibt Gedichte, Essays, Geschichten, Kinderhörspiele, kann sich als Liedermacher bezeichnen und eben auch als Maler. Wo beim flüchtigen Hinschauen einfach nur Farben, Augen und vielleicht noch Teile von Figuren zu sehen sind, entdeckt man aus verschiedenen Perspektiven Landschaften, versteckte Gesichter, ja ganze Geschichten. Quevedo fühlt sich beim Malen wie ein Kondor, dem peruanischen Nationalvogel, der aus 4.000 m Höhe die verschiedenen Ebenen einer Landschaft sehr genau sehen kann und hält sie eben fest. Quevedo gilt als einer der bedeutendsten Dichter in seinem Heimatland.

Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich auf jeden Fall. Möglich ist dies bis 3. Januar 2008 täglich außer Mittwoch von 9 bis 17 Uhr im Bürgerzentrum der LINKEN, Berliner Str. 17 in Bernau.

Vor 35 Jahren:

Fritz Schwarz wird Eberswalder Ehrenbürger

Am 20. Dezember 1972 berichtete die Zeitung »Neuer Tag«: »Auf Vorschlag des Rates der Stadt Eberswalde-Finow verlieh die Stadtverordnetenversammlung dem Genossen Fritz Schwarz als Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und Mitglied der Internationalen Brigade die Ehrenbürgerschaft der Stadt Eberswalde-Finow. Damit ist der Genosse Fritz Schwarz, der heute noch gesellschaftlich aktiv tätig ist, der dritte Ehrenbürger der Stadt Eberswalde-Finow. Die hohe Ehre wurde bisher Max Reimann und dem sowjetischen Oberst Viktor Lissitzki zuteil...«

Fritz Schwarz wurde am 2. März 1890 in Eberswalde geboren. »Seine Eltern waren geschworene Feinde des deutschen Kaisers, des preußischen Militarismus und der Fabrikherren« (Neuer Tag, 7.10.1957). Er erlernte den Beruf eines Hand- und Spritzlackierers und wurde 1911 mit 19 Jahren Mitglied der Gewerkschaft. Lange konnte Fritz Schwarz seinem Beruf nicht nachgehen, denn auch er gehörte zu den jungen Männern, die im I. Weltkrieg für »Kaiser und Vaterland« ihre Haut zu Markte tragen mußten. 1915 eingezogen, lernte er 1916 an der Karpatenfront als Soldat das Elend des Krieges kennen. Fritz Schwarz, ganz im Geiste seiner Erziehung im Elternhaus, wollte nicht für Interessen kämpfen, die nicht die seinen sind. Und so ließ er sich am 14. September 1916 bei einem Durchbruch der russischen Truppen mit seiner Gruppe, die er überredet hatte, überrollen und ging in Gefangenschaft. Über diese Zeit, wo er als Kriegsgefangener im Donezbecken arbeitete, berichtet er:

»Von Kosaken bewacht, arbeitete ich mit anderen deutschen Kriegsgefangenen und mit russischen Arbeitern ein Jahr und drei Monate in einem Bergwerk im Donezbecken. Anfangs hatten wir nur sehr wenig Gelegenheit, mit russischen Kumpels zusammenzukommen. Sobald die Kosaken bemerkten, daß wir miteinander sprachen, traf ihre Peitsche uns und auch die russischen Arbeiter. Deshalb verprügelten und entwaffneten wir bei Ausbruch der Februarrevolution gemeinsam unsere Wachposten. Sie kehrten aber bald zurück.

An einem trüben Wintermorgen des Jahres 1917 blieb das gewohnte Signal zum Arbeitsbeginn aus. Ich blickte vorsichtig aus der Baracke. Von den Wachen war weit und breit nichts zu sehen. Kurze Zeit später marschierten bewaffnete Bergleute ins Lager, und nun erfuhren wir, daß in Rußland die sozialistische Revolution gesiegt hatte, die Arbeiter und Bauern zur Macht gelangt waren.

Der junge Sowjetstaat gab den Kriegsgefangenen die Freiheit. Also konnten wir nach Hause fahren. Aber was erwartete uns dort? Vielleicht zwei Wochen Urlaub und dann erneut die Front. Nein, das wollte ich nicht. Deshalb entschloß ich mich, die russischen Arbeiter um Rat zu fragen.

Die Kumpel hörten mich aufmerksam an und meinten: 'Wenn du ein Arbeiter bist, mußt du auch für die Revolution sein.' 'Oh ja', sagte ich, 'natürlich bin ich für die Revolution!'

Fritz Schwarz entschloß sich, in Rußland zu bleiben und weiter Kohle zu fördern. Doch bald wollte er die Revolution mit der Waffe in der Hand verteidigen. Mit vier Kameraden nahm er am 6. Januar 1918 Abschied vom Kohlenschacht, um sich der 1. Woronesher In-

ternationalen Brigade anzuschließen, in der sie bereits viele Deutsche vorfanden. »Wir wurden eingekleidet, hefteten einen roten Stern an unsere Mütze und erhielten Waffen. Nach vierzehntägiger Ausbildung ging es an die Front.«

Im Verlauf der Kampfhandlungen gelangte die Brigade nach Millerowo. Dort stießen sie mit Truppen der kaiserlich deutschen Armee zusammen, die die Ukraine besetzen sollten. »Während einer Kampfpause versuchten wir über ein Flüßchen hinweg mit unseren irreführten Landsleuten zu sprechen. Wie groß war ihre Überraschung, als sie die Rotarmisten so gut deutsch reden hörten. Wir sagten ihnen, daß alle hier einem Teil der internationalen Brigade gegenüberstanden. Sie fragten erbost: 'Wofür kämpft ihr überhaupt?' Ich konnte mich nicht zurückhalten, stieg aus dem Graben und schrie über den Fluß: 'Wir kämpfen für die gleichen Ziele, für die Marx, Engels, Bebel und andere Führer des deutschen Volkes kämpften! Wenn ihr ehrliche Kerle seid, dann kommt ebenfalls auf unsere Seite...'« Solche Unterhaltungen hatten zur Folge, daß nach einigen Tagen ganze Züge deutscher Soldaten mit weißen Fahnen auf die sowjetische Seite überliefen. Viele dieser Soldaten traten der Internationalen Brigade bei.

An vielen Kämpfen im Jahr 1918 war Fritz Schwarz beteiligt. Bei Woronesh im Kampf gegen plündernde Banden, bei Millerowo gegen deutsche Truppen, gegen Weißgardisten bei Filorowo. Zu Beginn des Winters erkrankte Fritz Schwarz schwer und wurde aus der Roten Armee entlassen. Inzwischen hatte in Deutschland die Novemberrevolution für den Sturz des Kaisers und das Ende des I. Weltkriegs geführt. »Mir wurde anheimgestellt«, berichtet Fritz Schwarz, »über Moskau nach Hause zu fahren und meine Erfahrungen aus dem Bürgerkrieg an die deutschen Arbeiter weiterzugeben. Mein erstes Erlebnis auf deutschem Boden beweist, mit welchen Illusionen ich heimfuhr.« Im Dezember 1918 erreichte Fritz Schwarz in Ostpreußen die deutsche Grenze. Am späten Abend kam er in Memel an. »Erfüllt von den Erlebnissen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, suchte ich die nächstgelegene Kaserne auf in der Hoffnung, dort Gleichgesinnte zu finden. Schon am Tor hatte ich mit dem Wachtposten eine harte Auseinandersetzung, trug ich doch noch die Uniform der Roten Armee. Ein Feldwebel schrie mich wutentbrannt an: 'Ein Bolschewik, in meiner Kaserne ein Bolschewik!' Rundum wurde es lebendig. Die Szene zog alle an wie ein Magnet.

Ich kam noch heil davon, beobachtete nun aber die Vorgänge in der Heimat doppelt aufmerksam. Wenn auch an der Spitze der deutschen Regierung

ein Sozialdemokrat stand, hatten sich doch keine grundsätzlichen Veränderungen im Leben des Volkes vollzogen. Wie in der Memeler Kaserne, so herrschte auch in den Ämtern und Betrieben nach wie vor der 'preußische Geist', herrschten die Imperialisten und Militaristen. Meine Erfahrungen halfen mir jedoch, sehr bald den Weg zur Kommunistischen Partei Deutschlands zu finden ...«

Im Januar 1919 war er in Berlin. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht machte ihn wütend. »Am liebsten hätte ich ein Gewehr in die Hand genommen, aber ich hatte keins«, sagte er später. Fritz Schwarz kehrte nach Eberswalde zurück. In der Folge fehlen über Leben und Tätigkeit von Fritz Schwarz aussagekräftige Quellen. Im Lebensbild des Fritz Schwarz ist nachzulesen: »Bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Roten Finowtal gehörte Fritz Schwarz zu den aktivsten Kämpfern.« Später (1924) war er einer der ersten Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, dem im Roten Finowtal bald mehr als 500 Mitglieder angehörten. Mehrfach gehörte er in den Betrieben, in denen er beschäftigt war, den Streikkomitees an. Während der faschistischen Diktatur wurde er 1937 verhaftet und wegen Hochverrat vor Gericht gestellt. Nach der Befreiung gehörte Fritz Schwarz zu den »Aktivisten der ersten Stunde« und beteiligte sich am Aufbau der Volkspolizei und der Post. An der Vereinigungskonferenz von KPD und SPD des Stadtkreises Eberswalde zur SED nahm er als Delegierter teil.

Zu DDR-Zeiten erhielt Fritz Schwarz den Vaterländischen Verdienstorden in Silber und durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde er mit dem »Orden des Roten Banners« geehrt. Bis zu seinem Tode war er als geehrter Parteiveteran in Eberswalde aktiv, um z.B. in Schulen, in Jugendbrigaden und bei den Soldaten der NVA von seinen Erlebnissen als »Budjonnyreiter« zu berichten.

UDO MARKMANN

Quellen:

»Weltenwende – wir waren dabei«. Erinnerungen deutscher Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und an den Kämpfen gegen Intervention und Konterrevolution 1917 – 1920, Dietz-Verlag Berlin 1962

Kurt Iwen: »Der Genosse Fritz Schwarz, ein Kämpfer für den Sieg des Roten Oktober«. In: Neuer Tag, 11.3.1977
Erika Wiese: »Ehemaliger Kriegsgefangener erzählt«. In: Neuer Tag, 4./5.1.1964

Pawel Norenko: »Dem roten Banner getreu ...«. In: Neuer Tag, 1975

Hans-Joachim Hartung: »Du mußt dich zu entscheiden wissen«. Tribüne-Wochenbeilage 30/1967

Fritz Schwarz: »Erinnerungen«, 21.4.1967, Materialsammlung »Museum in der Adler-Apotheke«

Am 3. November fiel der erste Schnee ... und es wurde merklich kälter. Nun merken wir doch so langsam, daß wir uns in einem der nördlichen Länder befinden.

Mein November in Stockholm war, wie schon erwähnt, kalt. Und dunkel, arbeitsreich, überraschend, lustig und wie alle meine bisherigen Monate in Schweden, einfach schön.

Das Wetter ist nicht viel anders als in Deutschland. Die Temperaturen liegen meist so um die 0 °C und wenn es mal ein wenig schneit, dann schmilzt der Schnee relativ schnell wieder.

Viel schlimmer ist die Dunkelheit. Man verbringt die meiste Zeit des Tages im Dunkeln. In den Zeitungen steht geschrieben, wann die Sonne beginnt aufzugehen und wann sie untergeht. Zum Vergleich habe ich hier mal eine Angabe vom 3.10.2007, da ging in Stockholm die Sonne um 6.58 Uhr auf und um 18.17 Uhr wieder unter. Am 29.11.2007 ging die Sonne erst um 8.15 Uhr auf und um 14.59 Uhr schon wieder unter. Wenn ich jetzt wie immer die Kinder um 15.30 Uhr vom Kindergarten abhole, dann ist es auf dem Nachhauseweg stockdunkel. Bis zum Luciafest am 13. Dezember, an dem die Schweden die Wintersonnenwende feiern*, wird immer mehr Zeit des Tages im Dunkeln liegen, aber danach fängt es an wieder heller zu werden. Wir leiden alle unter einer ständig anhaltenden Müdigkeit und leider greift man jetzt auch schneller mal zu Schokolade und anderen Süßigkeiten.

Ich hatte mir ja vorgenommen diesen Monat endlich ein paar Schweden kennenzulernen. Das ist allerdings schwerer als gedacht, denn die schwedischen Jungs sind sehr schüchtern und zurückhaltend.

Beim Shoppen mit meiner schwedischen Freundin meinte ich zu ihr, daß ich gerne ein

Ein Jahr in Schweden: Vierter Monat – November

Schweden kennenlernen

Um unser nördliches Nachbarland besser kennenzulernen verpflichtete sich Marie Lange für ein Jahr als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie monatlich über ihre schwedischen Erfahrungen. Im vorigen Beitrag hatte sie den Wunsch geäußert, nun »endlich Schweden kennenzulernen«.

wenig mehr schwedisch aussehen möchte. Die Schweden haben momentan eine tolle Mode. Bei 0°C sind Strumpfhosen oder Leggings, Stiefel, lange, dicke Socken die aus den Stiefeln raus ragen und lange Oberteile angesagt. Mit vielen anderen teile ich die Ansicht, daß Schweden Deutschland, was die Mode angeht ein Jahr voraus ist. Nicht Paris macht die Mode, sondern Stockholm.

Mit meinen neuen Klamotten ging ich dann an einem Abend tanzen und hoffte so, ein paar nette Schweden kennenzulernen. Doch statt mit netten Schweden, bekam ich es mit einem kleinen Italiener zu tun, der mich ständig zu verfolgen schien. Am Nachmittag hatte ich ihn in einem Cafe kennengelernt und erzählt, wo wir am Abend hingingen. Zur vereinbarten Zeit war er nicht da und ich rechnete schon nicht mehr mit seiner Ankunft. Als wir uns dann mit zwei Schweden unterhielten, tauchte der Italiener auf und wollte unbedingt nochmal meine Handynummer haben. Ich meinte nur, daß ich mich an meine Nummer nicht erinnern kann und daß ich mein Handy zum Tanzen nie mitnehme. Etwas Besseres fiel mir nicht ein. Dann wollte er unbedingt noch ein Foto mit mir. Am Ende gab ich ihm dann doch noch meine Emailadresse. Damit hoffte ich, ich ihn los zu sein. So war es dann leider nicht. Kurz vor 3 (um 3 Uhr wird das Licht angemacht) war ich grad so leicht am flirten mit

einem Schweden, als dieser Italiener wieder aufkreuzte. Er kam immer in den unpassendsten Momenten und fragte mich dann auch noch, ob wir zusammen tanzen würden. Es lief gerade ein ruhiger Song und er war einfach mal die Hälfte von mir. Ich sagte also nur »nein« und als das Licht dann anging, verschwand ich schnellstens auf die Toilette. Den Italiener hab ich danach nicht mehr gesehen.

Resultat des Abends war eine Telefonnummer und die war von dem kleinen Italiener. Ja, ja Schweden kennenzulernen ist schwer.

Mit meiner Gastfamilie läuft es prima. Im letzten Monat war ich zwar zwei Wochen am Stück mit den Kindern zu Hause, weil sie krank waren, hatte aber dafür danach mehr Freizeit. Meine Familie schenkte mir zu Halloween einen Blumenstrauß. Einen Sonntagabend kam ich spät nach Hause und fand frisch gebackenes Gebäck auf meinem Bett und ein anderesmal wurde mir das Abendbrot in mein Zimmer gebracht. Es läuft also alles super.

So und nun freue ich mich auf Weihnachten, das ich ja mit meinen Eltern in Stockholm feiern werde.

Hejda Marie

* Das Luciafest ist ein vorweihnachtlicher Brauch, der vor allem in Schweden verbreitet ist. Das Fest fällt immer auf den 13. Dezember, der in den christlichen Kirchen der Gedenktag der Heiligen Lucia von Syrakus ist und vor der Gregorianischen Kalenderreform der kürzeste Tag des Jahres war. (www.wikipedia.de)

...in den zwei Wochen im Integrationsferienlager des ABB e. V. in der Europäischen Jugend- und Begegnungsstätte (EJB).

Was, Sie kennen den ABB noch nicht? Die drei Buchstaben stehen für Allgemeiner Behindertenverband Land Brandenburg. Dessen Camp vereint behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche. Meine Eltern haben mir den Vorschlag gemacht, auch mal dort 14 Tage lang etwas zu unternehmen.

Im ersten Durchgang des Feriencamp's vom 14. bis 28. Juli fuhren 116 Mädchen und Jungen und 50 Betreuer mit. Die Anreise von Eberswalde nach Altenhof lief problemlos, denn ich habe das Glück, daß ich ganz in der Nähe lebe. Das Gelände der EJB liegt direkt am Werbellinsee und war früher die Pionierrepublik. Hier wohnten wir in den Häusern Eins und Zwei. Mit Benjamin, Romano und Askel schlief ich im Haus zwei und wir hatten viel Spaß miteinander. Gemeinsam mit unseren beiden lustigen Betreuern Frank und Max haben wir viel unternommen. So sind wir zum Beispiel. Motorboot gefahren, waren oft baden, haben eine Wanderung um den Werbellinsee und einen »Spaziergang« zum Üdersee gemacht

Die Zeit verging wie im Fluge ...

und waren auf dem Schiffshebewerk. Die Wanderungen waren sehr anstrengend, aber auch interessant. Alles was unmöglich erschien, haben wir möglich gemacht, trotz warmen Wetters. Während zwei von uns Ben und Askel im Rollstuhl auch durch unebenes Gelände schoben, nahmen die anderen die Rucksäcke. Zum Schiffshebewerk hinauf »ritt« Ben auf Max und wir Übrigen kümmerten uns um Rollstuhl und Gepäck. Oberstes Gebot unseres Betreuers Frank war Kameradschaft und es hat gewirkt. Einer war für den anderen da. Behinderung spielte keine Rolle mehr.

Mit allen Gruppen gemeinsam drehten wir mit dem Dampfer »Altwarz« eine Runde auf dem Werbellinsee und sind sogar in die Westerstadt Eldorado nach Templin gefahren. Neben Disco- und Kinoabenden feierten wir jeden Tag ein anderes Fest und mischten auch bei den Vorbereitungen kräftig mit. Unter dem Motto »Wir feiern das Leben« konnte man nur beim ABB Ostern, Halloween und Weihnachten in 14 Tagen erleben, einfach Klasse. Scha-



v.l. stehend: Romano, Frank, Askel; davor: Benjamin, Max, Patrick
de nur, daß schon wieder zwei Wochen um sind. Die Zeit verging wie im Fluge.

Wer auch so einen Abenteuerurlaub erleben möchte, sollte im Internet www.abbv.de aufrufen und weitere Informationen unter Integrationsfreizeiten nachlesen. Viel Spaß im nächsten ABB-Camp, vielleicht sehen wir uns.

PATRICK GERUHN

Sogar der Fernsehturm kommt zum 100. Geburtstag

Jubiläum der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn in der Sporthalle Am Heidewald im Brandenburgischen Viertel

Liebe Eberswalderinnen, liebe Eberswalder, in diesem Jahr wäre die Kleinbahn Eberswalde-Finowfurt 100 Jahre alt geworden. Züge fahren auf ihren Gleisen seit über zehn Jahren nicht mehr, aber ihre Spuren prägen noch immer das Stadtbild von Eberswalde. Unser Verein Oberbarnimer Eisenbahnfreunde will die Geschichte dieser Bahn nicht in Vergessenheit geraten lassen. Das Jubiläum war uns Anlaß, vom 14. bis 16. Dezember 2007 eine große »Geburtstagsausstellung« zu organisieren. Dabei haben uns auch die Stadt Eberswalde, der SprecherInnenrat Soziale Stadt, die Barnimer Busgesellschaft und die Ostdeutsche Eisenbahn unterstützt.

Zu einem richtigen Geburtstag gehören natürlich auch Gäste. Deshalb laden wir Sie, Ihre Familien, Ihre Kinder, Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten recht herzlich ein, das Kleinbahnjubiläum mit uns gemeinsam zu begehen.

Was bietet die Ausstellung?

Im Mittelpunkt steht natürlich die Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn. Wir haben sie als Modell im Maßstab 1:87 (Spur H0) nach dem Vorbild der 1950er und 1960er Jahre nachgebaut. Eine neue Dokumentation, die mit Unterstützung der Ostdeutschen Eisenbahn entstanden ist, erläutert anschaulich die Geschichte der Bahn.

Da eine Kleinbahn allein noch keine richtige Modellbahnausstellung macht, haben wir uns Partner eingeladen: Der Verein für Berlin-Brandenburgische Stadtbahngeschichte bringt seine Anlage der Berliner Stadtbahn mit. Sie zeigt Berlin von Ostbahnhof bis Alex. Auf ihr fahren Intercity-Züge und S-Bahnen, Straßenbahnen, Busse und sogar ein O-Bus. Natürlich steht auf dem Modell-Alexanderplatz auch ein Fernsehturm. Er wurde im Maßstab 1:100 gebaut und ist 3,65 Meter groß.

Freunde der Interessengemeinschaft Preßnitzalbahn bringen eine Gartenbahn nach sächsischem Vorbild mit, der Eberswalder

Obusfahrer Andreas Zietemann zeigt seinen Zirkus Busch der DDR und seine große Bussammlung. Das Luftfahrtmuseum Finowfurt kommt mit dem Funktionsmodell eines Flugzeugtriebwerkes, Modellflugzeugen und Erinnerungsstücken der DDR-Fluggesellschaft Interflug. Weitere Ausstellungspartner sind die Ostdeutsche Eisenbahn (ODEG), die Barnimer Busgesellschaft (BBG), der Verein Omnibus Veteranen Berlin Brandenburg und die Bundespolizei. Mitglieder unseres Vereins zeigen Modelle der alten und neuen Kanalbrücke in Eberswalde und eine große N-Heimanlage. Zu sehen sind auch Arbeiten unserer Schülergruppe.

Eine Mitspielecke mit Lego- und Gartenbahn steht allen Ausstellungsbesuchern offen. Besondere Attraktion dürfte eine große Modell-Diesellok mit Geräusch-Modul sein, auf der man stiehlt durch die Ausstellungshalle »reisen« kann.

Wir haben auch einen Pendelverkehr mit historischen Bussen vom Hauptbahnhof (Bahnhofsvorplatz) zur Ausstellung organisiert. Am



Original und Modell – Der Wasserturm am Kleinbahnhof in Finow.

Freitag, dem 14.12., fährt der SKODA RTO-Hängenzug der Barnimer Busgesellschaft im Stundentakt von 9.28 Uhr bis 17.28 Uhr zur Haltestelle Specht (Ankunft und Rückfahrt von dort 9.38 bis 17.38). Am Sonnabend werden ein IKARUS 256 und ein FLEISCHER S 4 des Vereins Omnibus Veteranen Berlin Brandenburg von 10.08 Uhr bis 18.28 Uhr im 20/40 Minuten-Takt fahren – Abfahrten am Bahnhof also 10.08/10.28/11.08/11.28 usw. bis 18.28 Uhr, Ankunft und Rückfahrt Haltestelle Specht jeweils 10 Minuten später. Sonntags endet der Busverkehr wegen des früheren Ausstellungsendes (17 Uhr) bereits mit der letzten Fahrt 16.28 Uhr vom Bahnhof bzw. 16.38 Uhr vom Specht. Die Einzelfahrt kostet 1,50 Euro, Kinder zahlen 1 Euro.

Ein ganz besonderes Angebot macht die Barnimer Busgesellschaft am Freitag, dem 14. Dezember. Im Rahmen der Ausstellung führt die BBG eine Berufsberatung im Brandenburgischen Viertel durch. Das Eberswalder Unternehmen sucht dringend Auszubildende – unter anderem für den Beruf des Berufskraftfahrers.

VEIKO KUNKIS,

Oberbarnimer Eisenbahnfreunde

Ort und Termin:

Sporthalle Am Heidewald,
Frankfurter Allee 44, 16227 Eberswalde.

14.12. 9 bis 18 Uhr,
15.12. 10 bis 19 Uhr,
16.12. 10 bis 17 Uhr.

Der Eintritt kostet 2 Euro (Kinder 1 Euro). Für Kita-Gruppen sowie Schülerinnen und Schüler ist der Eintritt im Rahmen eines begleiteten Gruppenbesuches frei.

Gospelworkshop in Eberswalde

Gospelzeit in Eberswalde. Die junge, sympathische und humorvolle farbige Gospelsängerin Adrienne Morgan Hammond begeistert seit mehr als zehn Jahren in ihren Chorworkshops viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die innerhalb eines Wochenendes zu einem Workshopchor zusammenwachsen, in dem auch einige Sänger und Sängerinnen solistisch tätig wurden. Goldwert ist der Spaß, sich mit den Profis und begeisterten Laien, miteinander in die Gospelmusik zu begeben. Ein Fest für Körper und Geist. In bewährter Weise wurde sie von Marco Diefenbach am Piano begleitet.

Am Freitag, den 16. November, trafen sich die Workshopteilnehmer im Evangelischen Gemeindehaus in der Eisenbahnstr. 84 und verbrachten auch am Sonnabend einen fröhlichen Probenstag mit viel Spaß und viel Gesang. Am Sonntag trafen wir uns zu weiteren Probenzeiten, einem Auftritt im Gottesdienst am Vormittag in der Eberswalder Maria-Magdalena-Kirche und zum Konzert am Nachmittag in der Evangelischen Kirche in Finow. Jeder, der am Singen Freude hat und Melodien singen kann, war eingeladen..

HANNS-PETER GIERING

DSLnachBlumberg

Die Bürgerinitiative DSLnachBlumberg sucht immer noch DSL-Interessenten aus Blumberg. Interessierte tragen sich bitte auf www.DSLnachBlumberg.de/unterschriftenaktion ein. Die deutsche Telekom hat mittlerweile einen Ausbau für einen Netzknotenpunkt bekannt gegeben. Welcher ausgebaut wird konnte man noch nicht erfahren. Desweiteren startet der Probetrieb des WiMax Netzes der Firma TMP Telemanagement aus Potsdam. Die Deutschen Breitband Dienste wollen eine Richtfunkverbindung aus Berlin-Karow errichten. Weitere News auf DSLnachBlumberg.de

PHILIPP SCHÖNING

Weihnachten steht vor der Tür – wir auch!

Die Arbeitgeber machen uns keine Geschenke - das wissen wir!

Deshalb fanden bisher bundesweit mehr als 1.600 Streiktage mit Hunderttausenden streikenden Kolleginnen und Kollegen statt. Auch in unserer Region waren bereits Tausende Kolleginnen und Kollegen von Reichelt, extra, Kaiser's, Plus, Penny, REWE, real,-, Kaufland, Marktkauf, H&M, Karstadt, Wertheim, KaDeWe, Kaufhof, Schlecker und Thalia im Streik. Dankeschön allen Streikenden!!

Nach der großen Aktion am 13. November 2007 mit über 4.000 Streikenden in Berlin tragende führende Arbeitgebervertreter weiter öffentlich Gelassenheit zur Schau:

»Den Weihnachtsmann kann man nicht bestreiken. Ver.di kann im Weihnachtsgeschäft nicht den

kompletten Einzelhandel lahm legen.« (H. Pellengahr, HDE) Doch im Hintergrund ist die zunehmende Nervosität der Arbeitgeber zu spüren. In einigen Unternehmen versucht man es so: »Wir nehmen keinen Einfluß auf die Tarifverhandlungen, wir verhalten uns neutral. Deshalb können wir auch nichts dafür, daß es noch keinen Abschluß gibt.«

Bisherige Streiktage in Berlin-Brandenburg (Stand 26.11.2007):

14. Juli, 28. August, 21. und 24. September, 17., 18., 19., 20., 21. und 22. Oktober 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17. und 23. November 2007

ERIKA RITTER, ver.di Landesfachbereich Handel (<http://handel.bb.verdi.de>)

Kunstauktion im Gymnasium Finow

Eberswalde (rw). Das Gymnasium Finow plant am 10. Dezember um 19 Uhr Die Durchführung einer Kunstauktion. Die Kunstspenden sollen von den Eltern, Großeltern. Lehrern

und Schülern des Gymnasiums ersteigert werden. Mit dem Erlös soll eine Schulgalerie des Gymnasiums Finow im Finower Wasserturm aufgebaut werden.

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2007.

16225
Eberswalde
Heegermühler Str. 64

MÄTZKOW
GmbH
25 33 0

Elektroinstallation

- Privat
- schnell
- Gewerbe
- preiswert
- Kommune
- zuverlässig

Angela Mätzkow
Dipl.-Elektronikerin (FH)
Betriebs-technischer Leiter

☎ 03334 / 2533-0
03334 / 253325
Havariedienst: 030 / 2473 81 1944

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

100 Jahre

Eberswalde–Finowfurter Eisenbahn Sonderschau zur Kleinbahngeschichte

Große Modellbahnausstellung
Berliner S-Bahn-Anlage
Ostdeutsche Eisenbahn



14.-16.12.2007

Fr 9-18, Sa 10-19, So 10-17 Uhr

Sporthalle Am Heidewald

Frankfurter Allee 44, 16227 Eberswalde O-Bus 861, 862

Zubringer vom Hauptbahnhof mit historischen Fahrzeugen des Vereins Omnibus-Veteran Berlin-Brandenburg und der Barnimer-Busgesellschaft

Veranstalter: Oberbarnimer Eisenbahnfreunde e. V. Foto: Museum III der Adler-Apotheke

Die »Goldene Kettensäge«

Zepernick (bbp). Der nächste Baumschutzstammtisch findet am 14. Dezember im Zepernicker Restaurant »Avira Tora« (direkt am S-Bahnhof) statt. Beginn ist 19.30 Uhr. Auf dem Plan steht u.a. die Kür des Preisträgers der »Goldenen Kettensäge 2007«.

Freie Oberschule Finow

Ab August 2008 für Schüler/innen ab Klasse 7:

- Ganztagschule
- berufsorientiert
- individuelle Förderung

Biesenthaler Straße 14-15, 16227 Eberswalde
Kontakt: Hartwin Schulz, Tel: 03334/383930

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Kunkis, Markmann, Rehmer, Frank Schulz, Triller (4)

drucker: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 1. Dezember 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5.1.2008, 12 Uhr.